

Branche

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **100 (2009)**

Heft 8

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Grösste Windkraftanlage der Schweiz im Jura geplant Le plus grand parc éolien de Suisse projeté

Romande Energie und das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich bilden ein Konsortium, um im Waadtländer und Neuenburger Jura eine Windkraftanlage zu errichten. Diese soll aus 40 Generatoren bestehen und jährlich 160 Mio. kWh produzieren. Bei einem Investitionsvolumen von 240 Mio. CHF wird der vorderhand grösste Windenergiepark der Schweiz entstehen.

Le consortium formé par Romande Energie Renouvelable et EWZ entend développer un parc éolien sur le territoire des communes de Provence, Romairon, Fontanezier et du Val-de-Travers. La mise en fonction des installations pourrait intervenir à l'horizon 2013.

Das von der Romande-Energie-Tochtergesellschaft Romande Energie Renouvelable und dem Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (EWZ) geplante Projekt soll auf dem Gebiet der Gemeinden Provence, Romairon, Fontanezier und Val-de-Travers zu liegen kommen. Die Inbetriebnahme der Anlage könnte bis 2013 erfolgen. Die eingeplanten Leistungen entsprechen dem Verbrauch von rund 45 000 Haushalten bei durchschnittlich 3600 kWh pro Haushalt und Jahr.

Die gewählten Standorte wurden sowohl vom Bundesamt für Energie (BFE) wie vom Kanton Waadt als geeignet für Windenergieanlagen definiert. Sie erfüllen die Anforderungen der Raumplanung und des Natur- und Landschaftsschutzes, und die Windverhältnisse entsprechen den Kriterien, die für derartige Anlagen vorausgesetzt werden müssen. Die Errichtung von Windgeneratoren im Rahmen dieses Projekts stimmt mit dem vom BFE festgelegten Ziel «Horizont 2025» überein, wonach 600 Mio. kWh pro Jahr aus Windkraftanlagen stammen müssen, die an Standorten errichtet werden, welche im «Konzept Windenergie Schweiz» definiert sind.

Für Romande Energie handelt es sich nach einem Projekt in Sainte-Croix um die zweite Windenergieanlage. Die Investition erfolgt im Rahmen des ehrgeizigen Ziels, bis zum Zeitraum zwischen 2020 und 2025 Strom auf der Basis erneuerbarer Energien im Umfang von 250–300 Mio. kWh zu produzieren. Dies wird etwa 10% des an die Kunden gelieferten Stroms entsprechen. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft Romande Energie Renouvelable verschiedene Projekte in den Bereichen Windenergie, kleine Wasserkraftwerke, Biomasse und

Solarenergie mit einem Gesamtvolumen von 570 Mio. CHF entwickelt. Ein Beispiel dafür ist eine Partnerschaft zwischen Romande Energie und der Gemeinde Provence zur Errichtung einer Solaranlage auf dem Dach des neuen Gemeindezentrums. Das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich seinerseits peilt bis 2018 die jährliche Erzeugung von Windenergie in der Grössenordnung von 100–200 Mio. kWh an, was 3–6% des gegenwärtig vertriebenen Stroms entspricht. Im November 2008 nahmen die Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zur Energiepolitik ihrer Stadt Stellung und sprachen sich dabei für eine umweltgerechte Entwicklung aus. Mit seiner Betei-

ligung am Projekt im Jura trägt das Elektrizitätswerk dazu bei, diesen Volksentscheid umzusetzen. (Romande Energie/pb)

Les sites concernés font partie des nombreux lieux identifiés par l'Office fédéral de l'énergie (OFEN) dans son rapport publié en 2004 «Concept d'énergie éolienne pour la Suisse» et par le Canton de Vaud dans le document établi en 2007 «Potentiel éolien du Canton de Vaud». Lesdits sites répondent aux critères prenant en compte les zones de protection nationales, les forêts, les zones urbanisées et les construc-



Im Jura soll die bislang grösste Windenergieanlage der Schweiz entstehen (Fotomontage).
Le plus grand parc éolien de Suisse est projeté dans le Jura (photomontage).

tions habitées. Sans oublier, bien entendu, les conditions de vent qui déterminent le potentiel des installations. La production des éoliennes qui font l'objet de ce projet participera à l'objectif «Horizon 2025» fixé par l'OFEN, en vertu duquel 600 mio. de kWh par an doivent provenir d'installations éoliennes implantées sur les sites cantonaux et les sites prioritaires déterminés par le «Concept d'énergie éolienne pour la Suisse».

Pour Romande Energie, cet investissement dans un deuxième projet de parc éolien, après celui de Sainte-Croix, est en

adéquation avec l'objectif ambitieux qu'elle s'est fixée: produire de 250 à 300 mio. de kWh d'électricité grâce aux nouvelles énergies renouvelables d'ici 2020 à 2025, soit 10% du courant livré à ses clients. A cette fin, des projets pour un montant de CHF 570 mio. sont en cours de développement au sein de sa filiale Romande Energie Renouvelable, dans les domaines de l'éolien, de la petite centrale hydraulique, de la biomasse et du solaire. On peut, à titre d'exemple, citer le partenariat entre Romande Energie et la commune de Provence portant sur l'installation une centrale

solaire sur le toit de la nouvelle salle du village.

Pour sa part, EWZ vise un approvisionnement annuel en énergie éolienne de 100 à 200 mio. de kWh d'ici 2018, soit 3–6% de la quantité de courant qu'elle distribue actuellement. Le 30 novembre 2008, le peuple zurichois s'est prononcé sur la politique énergétique de sa ville et a clairement opté pour un développement respectueux de l'environnement. De par sa participation à ce projet, EWZ contribuera de façon importante à la fourniture d'énergie renouvelable à Zurich et à sa région. (Romande Energie/jvb)

Synthetische Netzbewertung

Ende letzten Jahres rückten die Strompreise in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit, Politik und Wirtschaft ins Rampenlicht. Die Erhöhung der Strompreise wurde kritisiert, regulatorische Massnahmen wurden ergriffen und parlamentarische Vorstösse eingereicht. Unbestritten war die Reaktion negativ und seitens der Branche kommunikativ nicht optimal begleitet. Der Strompreis setzt sich aber tatsächlich aus verschiedenen Elementen zusammen. Im nachfolgenden Text sollen aus Sicht der Betriebsrechnung die Kapitalkosten der Infrastruktur und deren Erhebung näher beleuchtet werden.

Der Strommarkt wurde in seiner neuen Ausgestaltung per Anfang 2008 geöffnet und garantiert einen nicht diskriminierenden Zugang Dritter auf die Netzinfrastruktur. Eine wichtige Ausprägung der Nichtdiskriminierung ist die Regulierung der Bedingungen, zu denen die Netzbetreiber Dritten Zugang gewähren müssen, wobei nebst den technischen und operativen Fragen die damit verbundenen (Zugangs-)Kosten im Vordergrund stehen. Das aus den Kosten resultierende Netznutzungsentgelt – das neu entbündelt und separat ausgewiesen werden muss – ergibt mit dem Energiepreis den Elektrizitätstarif, der früher nur als ein einziger Stromtarif ausgewiesen wurde. Dieser wurde oft auch als sogenannter «All-in-Tarif» bezeichnet.

Das StromVG bezeichnet das Netznutzungsentgelt als anrechenbare Kosten, die sich in Kapital- und Betriebskosten aufteilen. Die Betriebskosten sind die laufenden Kosten aus dem operativen Betrieb und werden hier nicht mehr weiter ausgeführt. Die Kapitalkosten ihrerseits teilen sich in Kapitalverzinsung und Abschreibungen auf. Der korrekten Kalkulation dieser beiden Elemente kommt eine grosse Bedeutung zu, werden doch einerseits damit künftige Investitionen und Ersatz bestehender Anlagen sichergestellt, und andererseits wird zusammen mit den Kosten die Höhe des Netznutzungsentgelts definiert.

Damit das Unternehmen überhaupt Kapitalzinsen und Abschreibungen kalkulieren kann, muss zuerst die massgebende Bewertung der Anlagen definiert werden. Dabei stellen sich 2 wesentliche Fragen: Welches ist die korrekte Bewertung, und wie kann dieser Wert ermittelt werden?

Die erste Frage ist relativ schnell beantwortet, diesbezüglich herrscht seit dem abgelehnten EMG ein gemeinsames Verständnis, das auch vom StromVG übernommen wurde. Dieses regelt als Bewertungsbasis die sogenannten Anschaffungs- und Herstellkosten als Massgabe für die Ermittlung der regulatorisch anrechenbaren Kosten. Schwieriger ist die Frage nach der korrekten Erhebung zu beantworten. Gesetz und Verordnung geben dafür grundsätzlich 2 Methoden vor, nämlich basierend auf den ursprünglichen oder auf den modellmässig kalkulierten Anschaffungskosten.

Primär sind die ursprünglichen Anschaffungskosten als Berechnungsbasis zu verwenden, die nach einheitlichen Branchengrundsätzen linear auf 0 abgeschrieben werden. Diese Methode setzt voraus, dass das Unternehmen (noch) über sämtliche Belege, die die ursprünglichen Anschaffungskosten ausweisen, verfügt. Anlagen von Stromnetzen sind oft jedoch 25, 30 oder 40 und mehr Jahre alt, wurden in der



Michael Frank ist Leiter Regulatory Management bei NOK.

Zwischenzeit unterhalten, aufgerüstet, verlegt oder sind andern Änderungen während dieser Zeit ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass nicht immer exakte Aussagen über die ursprünglichen Anschaffungskosten gemacht werden können. Resultat wäre, dass das Unternehmen in Unkenntnis aller Anschaffungskosten zu tiefe Kosten verrechnet. Es gibt auch Unternehmen, die in den vergangenen Jahren oder gar Jahrzehnten nie eine Anlagenbuchhaltung geführt haben,

und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie dies nicht mussten. Typischerweise sind solche Unternehmen EWs, die beispielsweise in eine Gemeinde integriert sind und über andere Rechnungslegungsvorschriften verfügen. Die Finanzierung und Gewinnabführung erfolgte über die Gemeinde.

Verfügt das Unternehmen nicht über die notwendigen Aufzeichnungen, um die ursprünglichen Anschaffungskosten zu erheben, bietet die Verordnung eine Alternative an (Art. 13 Abs. 4 StromVV). Diese Alternative ist eine modellhafte Ermittlung der Anschaffungskosten des tatsächlich vorhandenen Netzes und hat zum Ziel, damit einen ökonomisch gerechtfertigten Netznutzungspreis zu ermitteln.

Vereinfachend ausgedrückt, werden die damaligen Anschaffungskosten mittels eines Modells rückwirkend kalkuliert, d.h., damit wird die Frage beantwortet, was die fragliche Anlage damals gekostet hatte. Das Resultat wird oft als synthetische Anschaffungskosten bezeichnet. Um diese Rückrechnung sicherzustellen, geht das Modell vom Preis aus, der heute für eine vergleichbare Anlage bezahlt wird, den sogenannten Wiederbeschaffungspreis. Dieser wird dann mittels eines offiziell ausgewiesenen Indexes auf den Anschaffungszeitpunkt der Netzanlage zurückgerechnet. Werden diese Parameter sorgfältig ausgewählt und korrekt berechnet, muss der synthetische Anschaffungspreis dem ursprünglichen entsprechen.

An diesem Punkt setzen Diskussion und Vorwürfe ein, dass diese Rückrechnung zu überhöhten Anschaffungskosten führe.

Dies mag durchaus zutreffen, wenn ein Index zur Anwendung gelangt, der nicht die fraglichen Netzanlagengüter abbildet. In diesem Fall stellt das Unternehmen zu hohe Kapitalkosten in Rechnung, und die EICom wird korrigierend eingreifen. Überspitzt formuliert, würde die Preisentwicklung von Computern für die Berechnung von Stromnetzen verwendet, was zwangsläufig zu Verzerrungen und zu einer Überbewertung führt, was nicht sachgerecht ist.

Verwendet das Unternehmen hingegen einen sachgerechten Index, der die Preisentwicklung von Netzanlagen abbildet, und kann dies auch nachweisen, so ist das Resultat als regulierungsökonomisch richtig zu bezeichnen. Der in Art. 13 Abs. 4 StromVV stipulierte Malus – der hinsichtlich seiner Gesetzmässigkeit etwas unsicher scheint – kommt nicht zur Anwendung.

Die Energieversorgungsunternehmen benötigen die Möglichkeit, Lücken aufgrund keiner oder unvollständiger Angaben über frühere Anschaffungskosten mittels einer Modellkalkulation schliessen zu können. Dabei sind sie in der paradoxen Pflicht, etwas nachweisen zu müssen, worüber sie



nicht verfügen, was im Grunde genommen ein regulatorischer Schwanzbeisser ist. Gerade vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass das Unternehmen nicht unter seine Kosten gedrückt wird und die «Ersatzregel» der StromVV ohne zusätzlichen Malus anwenden darf, mithin mit einem sachgerechten Index.

Erste Ansätze für eine solchen Index wurden durch die Branche erarbeitet. Diese Arbeiten sind konsequent zu einem verlässlichen und akzeptierten Instrument weiterzuführen, das überhöhte Kosten vermeidet und zu einem ökonomisch vertretbaren Resultat führt.

Mit der Berechnung des Anlagenzeitwerts aufgrund der historischen oder der sachgerecht rückindexierten Anschaffungswerte ist die Ausgangslage für eine korrekte Ermittlung der Netzkosten geschaffen. Das Gesetz schreibt vor, dass zur Berechnung des Netznutzungsentgelts maximal der Anlagenzeitwert aus der Betriebsbuchhaltung (Kostenrechnung) verwendet werden darf. Dies führt je nach Art und Umfang der bisherigen Abschreibungen dazu, dass Anlagen kalkulatorisch aufgewertet und ein zweites Mal abgeschrieben werden können. Ob und in welchem Umfang die Energieversorgungsunternehmen von dieser Aufwertungsmöglichkeit Gebrauch machen, ist ein unternehmerischer Entscheid, der mit dem Bedarf an Reserven und zusätzlichem Eigenkapital zusammenhängt.

Viele Energieversorgungsunternehmen haben ihre Anlagen in der Finanzbuchhaltung bereits vor Jahren auf 0 abgeschrieben. Die Anlagen sind aber weiterhin in Betrieb und verursachen Kosten. Falls das Unternehmen für die Netzkostenberechnung die Zahlen aus der Finanzbuchhaltung verwendet, stellt dies kurzfristig kein allzu grosses Problem dar. Der Kunde ist zufrieden, da sich sein Preis unter den realistischen ökonomischen Kosten bewegt. Langfristig verhält sich diese Situation aber kontraproduktiv. Die Refinanzierung kann womöglich aufgrund einer fehlenden Eigenkapitalbasis nicht mehr sichergestellt werden, der Unterhalt beginnt zu leiden und damit letztlich die Versorgung. Der Kunde wird ungenügend bedient, und das Unternehmen kommt in Finanzierungsprobleme. Nebst diesen Problemen ist das Unternehmen im Konflikt mit der Zielsetzung des StromVG, das eine zuverlässige und nachhaltige Versorgung in allen Landesteilen sicherstellen will.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl zu hohe wie auch zu tiefe Kapitalkosten unbedingt vermieden werden müssen. Zu hohe Kosten führen zu volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Prämien, zu tiefe Kosten haben zur Folge, dass die Refinanzierung und künftige Investitionen nicht sichergestellt werden, was letztlich für eine wesentliche Infrastruktur wie die Stromnetze unbedingt vermieden werden muss. (Michael Frank, NOK/bs)

EICom ordnet vorsorglich Absenkung der Tarife 2010 des Übertragungsnetzes an

Die Mitte Mai publizierten Tarife 2010 des Übertragungsnetzes fallen um 17% höher aus als die aktuell gültigen Tarife. Die EICom hat deshalb die angekündigten Tarife summarisch überprüft und einen Teil dieser Erhöhungen mit einer vorsorglichen Verfügung abgesenkt.

Am 19. Mai 2009 hat Swissgrid, die nationale Netzgesellschaft und Betreiberin des Schweizer Übertragungsnetzes, die Tarife für die Nutzung dieses Netzes für das Jahr 2010 vorgestellt. Diese Tarife basieren auf Kosten, welche die Eigentümer des Übertragungsnetzes – Alpiq, BKW, Axpo (NOK, CKW, EGL), EWZ und Rätia Energie sowie einige kleinere Unternehmen – geltend machen.

Die von Swissgrid publizierten Tarife wirken sich direkt auf die Endverbraucher aus. Gemäss Stromversorgungsgesetz ist die Eidgenössische Elektrizitätskommission (EICom) für die Überprüfung dieser Tarife zuständig. Sie kann gemäss diesem Gesetz Absenkungen verfügen oder Erhöhungen untersagen.

Die Netznutzungstarife 2010 fallen gegenüber den von der EICom festgelegten Tarifen für das Jahr 2009 um 17% oder rund 75 Mio. CHF höher aus. In diesen Zahlen ist zudem die Kostenentwicklung im Bereich Systemdienstleistungen noch nicht eingeschlossen.

Die EICom hat beschlossen, die Tarife für die Nutzung des Übertragungsnetzes von Amtes wegen eingehend zu untersuchen. Aufgrund einer ersten summarischen Prüfung ist sie zum Schluss gekommen, dass die Tarife zu hoch angesetzt sind. Deshalb ordnet sie im Sinne einer vorsorglichen Massnahme für einen Teil der angekündigten Erhöhungen eine Absenkung an (siehe Tabelle).

Darüber hinaus verfügt die EICom, dass die Tarife 2010 für allgemeine Systemdienstleistungen bis zum 31. Juli 2009 ver-

öffentlicht werden müssen. Aufgrund der jüngsten Kostenentwicklung in diesem Bereich ist es wichtig, dass bald Klarheit über diese Tarife herrscht. Die Verteilnetzbetreiber müssen genügend Zeit haben, diese Tarife in ihre Kalkulationen der Endverbraucherpreise einfließen zu lassen.

Gegen diesen Entscheid der EICom kann innert 30 Tagen beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde erhoben werden. Allfälligen Beschwerden wurde im Voraus die aufschiebende Wirkung entzogen. (EICom/bs)

	Durch EICom festgesetzter Tarif 2009	Durch EICom vorsorglich abgesenkter Tarif 2010
Arbeitstarif [Rp./kWh]	0,16	0,18
Leistungstarif [CHF/MW]	23610	26180
Fixkosten pro gewichteter Einspeisepunkt [CHF/Jahr]	232000	254620

Die von der EICom in ihrer vorsorglichen Massnahme festgelegten Tarife des Übertragungsnetzes für das Jahr 2010.

EWA investiert in Urner Naturstrom

Die Elektrizitätswerk Altdorf AG (EWA) erneuert das Kraftwerk Isenthal umfassend. Das Wasserkraftwerk aus dem Jahr 1955 wurde bis Ende April 2009 dem neusten Stand der Technik angepasst.

Bereits 1931 vergab die Urner Regierung die Isenthaler Konzession an das EWA. Ursprünglich war vorgesehen, das Wasser aus dem Isenthal nach Seelisberg zu leiten. Dort sollte es im Seeli gestaut, über eine

Druckleitung nach Bauen geführt und turbinieren werden. Doch das Seelisberger Seeli war als Stausee ungeeignet, da es nicht ganz abgedichtet werden konnte. Es mussten neue Ideen gefunden werden: Schliesslich nahm das EWA 1955 beim Bolzbach – auf Seedorfer Boden – das Kraftwerk Isenthal in Betrieb.

Ein Grossteil der Erneuerungsarbeiten wurde in den Wintermonaten 2008/2009 durchgeführt.

Investitionen, die sich lohnen

Ziel der Erneuerung ist es, das Kraftwerk dem neuesten Stand der Elektro- und Hydrotechnik anzupassen. Dank der umfassenden Erneuerung kann der Betrieb für die kommenden 20–30 Jahre sichergestellt werden. Einerseits werden die bestehenden Anlagen wie Turbine, Generator, Schaltanlage und Transformatoren erneuert,



Das Projektteam KW Isenthal. Von links: Armin Baumann, Teilprojektleiter Leittechnik, Werner Jauch, Gesamtprojektleiter, und Armin Schuler, Teilprojektleiter Mechanik/Hydraulik.

womit der Wirkungsgrad erhöht wird. So kann mit der gleichen Menge Wasser künftig mehr Strom produziert werden. Andererseits wird eine neue Maschinengruppe eingebaut. Dank dieser kann zukünftig auch während Revisionsarbeiten oder bei Betriebsstörungen der bestehenden Anlage Strom produziert werden. Diese beiden Massnahmen ermöglichen es, die Energieproduktion um 7% zu erhöhen. Das bedeutet: 700 Urner Haushalte können zusätzlich mit Naturstrom aus einheimischen Quellen versorgt werden. Für die gesamten Erneuerungsarbeiten rechnet das EWA mit Kosten in der Höhe von 8,5 Mio. CHF.

Ein erheblicher Teil der Investitionssumme kommt direkt oder indirekt den Urner Unter-

nehmen zugute. Obwohl solche Investitionen die Produktionskosten des EWA erhöhen, liegen diese nach wie vor unter dem Marktpreis – die EWA-Kunden werden somit auch in Zukunft von der günstigeren Eigenproduktion profitieren können.

Noch mehr günstiger Urner Naturstrom

Gerade in der heutigen Zeit, in der sich die Stromversorgungslücke immer mehr abzeichnet, wird grosser Wert auf möglichst umweltfreundlich und erneuerbar produzierte Energie gelegt. Die Wasserkraft nimmt aufgrund ihrer energiewirtschaftlichen Vorteile bei den erneuerbaren Energien eine Sonderstellung ein. Der ökologische Strom aus dem KW Isenthal wird

CO₂-frei produziert und ist mit den Ökolabeln «Naturemade Basic» und «TÜV EE02» zertifiziert.

Die umfassenden Erneuerungsarbeiten am KW Isenthal zeigen die Ziele des EWA in Bezug auf die Stromversorgungslücke auf: Sicherstellung der Versorgungssicherheit durch erneuerbare Energie, Steigerung der Energieeffizienz in der Produktion sowie die konsequente Erhöhung des Selbstversorgungsgrades.

Je mehr eigene Energie das EWA produzieren kann, desto unabhängiger wird die Urner Stromversorgung vom internationalen Strommarkt. Dadurch können stabilere und günstigere Strompreise für Uri sichergestellt werden. (EWA/bs)

Weitere Bewilligung für Grossprojekt im Glarnerland

Die Glarner Regierung hat dem Grossprojekt «Linthal 2015» die energierechtliche Bewilligung erteilt. Sie umfasst den Bau und Betrieb des Kraftwerks Limmern mit der Staumauer Muttsee und alle anderen Anlagen, wie die Regierung mitteilte.

Die Bewilligung wird für eine Konzessionsdauer oder längstens für 80 Jahre erteilt. Sie enthält eine ganze Reihe von Auflagen wie die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Haftpflicht, den Gewässerschutz, den Natur- und Heimatschutz oder Aspekte der Fischerei.

Das Projekt «Linthal 2015», das die Anlagen der Kraftwerke Linth-Limmern (KLL) mit einem Pumpspeicherwerk ergänzt, ist mit Investitionen von rund 1,8 Mia. CHF das grösste Bauvorhaben aller Zeiten im Kanton Glarus. Einmal in Betrieb, wird eine Leistung erreicht, die derjenigen des Kernkraftwerks Leibstadt entspricht.

Die Konzession erteilt das Kantonsparlament im Oktober 2007. Mit der Baubewilligung ist im Herbst zu rechnen. Die KLL AG ist ein Partnerwerk des Kantons Glarus und der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK). Die NOK wiederum ist eine Gesellschaft der Axpo-Gruppe. (SDA/bs)

FMV beteiligt sich an Nant de Drance

Die Walliser Elektrizitätsgesellschaft FMV hat an der Generalversammlung beschlossen, sich mit 10% am Pumpspeicherkraftwerk Nant de Drance zu beteiligen. Die Beteiligungen des Stromkonzerns Alpiq und der SBB sinken auf 54 und 36%.

Der Kanton Wallis habe von seinem Beteiligungsrecht an neuen Kraftwerkskonzessionen Gebrauch gemacht, teilte die Bauherrin des Projekts, die Nant de Drance SA, mit. Mit der Beteiligung stärke die FMV ihre Produktionskapazitäten.

Bei Nant de Drance handelt es sich um ein 900 Mio. CHF teures Ausbauprojekt bestehender Kraftwerkanlagen. Die Investoren wollen das Gefälle zwischen den Stauseen Emosson und Vieux Emosson zur Produktion von Spitzenstrom nutzen. Dazu werden unterirdisch Stollen gebaut.

Die Anlage soll ab 2015 bei voller Leistung jährlich 1500 GWh Strom liefern. Die Leistung der Anlage beträgt 600 MW. Geplant haben das Projekt die Alpiq-Vorgängerin Atel und die SBB. Sie haben die Bauarbeiten Ende letztes Jahr aufgenommen. Bislang waren sie mit 60 respektive 40% am Projekt beteiligt. (SDA/bs)

BKW sucht Fremdkapital für Investitionsvorhaben

Das bernische Energieunternehmen BKW hat eine fest verzinsliche Anleihe von 350 Mio. CHF herausgegeben.

Sie will damit das für sie günstige Umfeld am Kapitalmarkt nutzen, um zu Fremdgeld zur Finanzierung ihrer Investitionsvorhaben zu kommen.

Die BKW beabsichtige, die 350 Mio. CHF nicht für ein bestimmtes Vorhaben einzusetzen. Vielmehr gehe es um verschiedene in letzter Zeit bekannt gegebene Projekte, sagte Unternehmenssprecher Antonio Somavilla auf Anfrage und ergänzte so eine Mitteilung der BKW.

Ein Bankenkonsortium unter der Leitung der Credit Suisse hat die Anleihe mit einem Emissionspreis von 100,425% abzüglich

Kommissionen fest übernommen und bietet sie bis zum 14. Juli zu Marktpreisen zur öffentlichen Zeichnung an. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Der Zins beträgt 3,375%. (SDA/bs)

AVAG und BKW planen gemeinsam 2 Energieanlagen

Die AG für Abfallverwertung Thun (AVAG) und das bernische Energieunternehmen BKW wollen in Spiez gemeinsam 2 Energieproduktionsanlagen bauen. Sie haben zu diesem Zweck die Oberland Energie AG gegründet.

An der neuen Gesellschaft hält die AVAG 51% der Aktien, die BKW 49%, wie die beiden Unternehmen mitteilten.

Unternehmenszweck sind der Bau und der Betrieb von Anlagen zur Produktion von Energie aus biogenem Material im Berner Oberland.

In Spiez will die neue Gesellschaft eine Vergärungsanlage und eine Restholzheizung bauen. Beide Anlagen sind im Gebiet Schluckhals vorgesehen. Die Verarbeitungskapazität der beiden Installationen beträgt rund 20 000 t/Jahr.

Die elektrische Energie – rund 3000 MWh – soll ins lokale Elektrizitätsnetz eingespeist werden. Die Wärme – rund 4250 MWh – fliesst über einen Nahwärmeverbund an umliegende Kunden. Die Baueingabe ist erfolgt. (SDA/bs)

Alpiq übernimmt rumänische EHOL

Die Stromgesellschaft Alpiq baut ihr Vertriebsgeschäft in Südosteuropa aus: Ihre Gesellschaft Aare-Tessin AG für Elektrizität hat den rumänischen Energiedienstleister

EHOL Distribution übernommen. Alpiq rücke mit der Übernahme unter die Top 3 der Endkundenversorger in Rumänien vor, heisst es in einer Mitteilung. EHOL verfüge in Rumänien über ein grosses Portfolio an Industriekunden.

Zum Preis der Transaktion wurden keine Angaben gemacht. EHOL Distribution mit Sitz in Bukarest beschäftigt den Angaben zufolge 13 Mitarbeitende und beliefert grosse Industriekunden und Weiterverleiher. (SDA/bs)

Geldbussen für 8 Elektroinstallationsbetriebe

Die Wettbewerbskommission hat 8 bernische Elektroinstallateure gebüsst, die sich rund 100 Aufträge unter Preisabsprachen zugeteilt haben. Es handelt sich um die ersten Bussen für Mitglieder eines sogenannten Submissionskartells in der Schweiz.

Insgesamt müssen die Firmen aus dem Raum Bern 1,24 Mio. CHF hinblättern, wie die Schweizer Wettbewerbskommission (WEKO) mitteilte. Sie hat damit zum ersten Mal seit Inkrafttreten der neuen Regelung im Jahr 2004 die Direktsanktion von Kartellmitgliedern verfügt.

Die Untersuchungen begannen im Januar 2008 nach Hinweisen eines anonymen Dritten. Die 8 Elektroinstallationsbetriebe sprachen sich jeweils ab, nachdem ein Auftrag ausgeschrieben wurde.

Jene Firma, die beispielsweise den Auftrag für eine Installation an einer Schule übernehmen sollte, reichte ihre Offerte ein.

Die anderen machten teurere Scheinofferten, um den Zuschlag sicher nicht zu erhalten.

Der Wert der rund 100 öffentlichen und privaten Projekte, die sich diese Firmen während 2 Jahren zugeteilt haben, beläuft sich auf 30 Mio. CHF, wie Stoffel ausführte.

Schnelle Zusammenarbeit

1 der 8 Firmen kommt mit einem blauen Auge davon. Sie muss dank der Kronzeugenregelung nichts bezahlen, wird aber als Mitglied des zerschlagenen Kartells genannt.

Die Gfeller Elektro AG meldete sich in der ersten halben Stunde nach der ersten Hausdurchsuchung, sagte WEKO-Präsident Walter Stoffel der Nachrichtenagentur SDA. Diese Firma hat wegen der schnellen Zusammenarbeit mit den Behörden einen 100%igen Bonus erhalten.

Auch die übrigen 7 Firmen kooperierten während der ganzen Untersuchung mit der WEKO. Die Betriebe Scherler, Alpiq InTec West, Burkhalter Elektro, Etavis Arnold, BKW ISP, Gasser + Bertschy und Energie Wasser Bern erzielten mit der

WEKO ebenfalls einvernehmliche Regelungen.

Die Höhe der jeweiligen Busse hing von den Umsätzen ab, aber auch von der Schwere und der Dauer der Wettbewerbsbeschränkung.

Besserung gelobt

Die Betriebe distanzieren sich heute vom wettbewerbswidrigen Verhalten. «Wir gingen damals irrtümlicherweise davon aus, dass die Regelungen nur für grosse, marktherrschende Unternehmen gelten», sagte Manfred Kambli, Teilhaber der Scherler AG. Seine Firma muss mit über 395 000 CHF die grösste Busse bezahlen.

Auch Etavis Arnold, auf die gut 111 000 CHF entfallen, kannte nach eigenen Angaben die Rechtsnormen bisher nicht gut genug.

Die Burkhalter-Gruppe, deren Berner Gesellschaft eine Sanktion von über 200 000 CHF erhielt, hat nun eigens eine Beratungsstelle für rechtliche Fragen bei Offertenstellungen eingerichtet.

Die Berner BKW FMB Energie, deren Tochter ISP knapp 103 000 CHF bezahlen muss, hat nun konzernweit Weisungen über das Verhalten im Wettbewerb erlassen. Wie Energie Wasser Bern, die nur 29 192 CHF bezahlen muss, haben die meisten Firmen die Grundsätze des fairen Wettbewerbs intern kommuniziert oder bekräftigt.

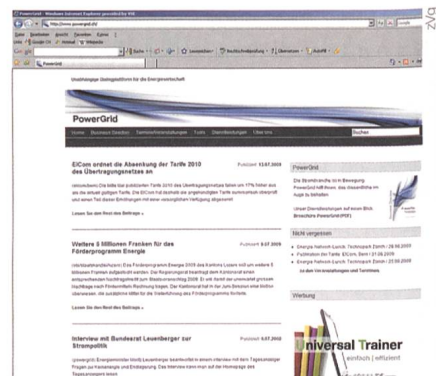
Die WEKO will konsequent gegen Submissionskartelle vorgehen, die vor allem in der Baubranche auftreten. Noch vor Inkrafttreten der neuen Regelung konnte sie lediglich die Wettbewerbsverzerrung feststellen, wie sie es etwa bei den Asphalt-Kartellen im Tessin und in der Ostschweiz getan hatte. (SDA/bs)

Erstes unabhängiges Stromportal online

Das Portal www.powergrid.ch bringt Power in die Diskussion um die Schweizer Energiezukunft. Die neue Plattform ist die erste von politischen und wirtschaftlichen Interessen unabhängige Website zu aktuellen Energiethematen. Sie steht allen privaten und organisierten Interessengruppen offen, die sich an der Debatte beteiligen wollen.

PowerGrid hat zum Ziel, die erste Anlaufstelle für Informationen rund um das Thema Strom zu werden. Die Macher von PowerGrid können auf jahrelange Erfahrungen in der Branche und im Journalismus zurückgreifen. Damit vereinen sie journalistische Kompetenz mit dem Know-how zu Energiethematen.

Heute in anderen Bereichen tätig, sammeln die Mitglieder von www.powergrid.ch Beiträge von guter Qualität und machen



transparent, wer hinter welcher Meinung steht. Denn nicht erst, wenn der Strommarkt geöffnet ist, wird unabhängige und transparente Information auch in der Diskussion um die Schweizer Stromzukunft zu einem wertvollen Gut. PowerGrid hilft, den Überblick nicht zu verlieren. Neutral und unabhängig.

Für alle offen ... und transparent

Auf www.powergrid.ch erhalten alle, die sich beteiligen wollen – Unternehmen, Behörden, NGOs, aber auch Frau Müller und Herr Meier – eine gemeinsame Plattform, um sich auszutauschen. PowerGrid publiziert die verfügbaren Mitteilungen der Interessengruppen und ermöglicht eine Diskussion, die nicht nur der Branche offen steht. Nicht gewinnorientierte Organisationen publizieren in jedem Fall gratis. Die Plattform finanziert sich einerseits durch die Mitteilungen von Unternehmen, die eine geringe Gebühr für den Eintrag ins Business Directory entrichten, und andererseits durch Werbung.

Seit dem 15. Juni 2009 ist www.powergrid.ch online. Die wichtigsten Mitteilungen der vergangenen Monate sind erfasst und bilden den Startsockel für die Dialogplattform. Künftig können Branchen- und assoziierte Unternehmen, so wie Interessensvertreter oder NGO ihre Mitteilungen selbst mit einem einfachen und unkomplizierten E-Mail-System publizieren. Weitere Tools ermöglichen es Privaten, sich am Diskurs zu beteiligen und Meinungen zu äussern. (PowerGrid/bs)

Beratung bringt 1000 Solaranlagen auf Basler Dächer

Im Rahmen des 2003 lancierten Förderprogramms «1000 Solardächer für die Nordwestschweiz» sind in den beiden Halbkantonen Baselland und Basel-Stadt rund 970 Solaranlagen zur Warmwasserbereitung neu montiert worden. Eigentlich waren 1000 neue Solaranlagen bis 2010 anvisiert worden, das Programm ist also sehr erfolgreich. Es besteht aus Förderbeiträgen, die

in Basel-Stadt bis zu 40% der Kosten beitragen können, sowie aus eingehender Beratung. Nach Einschätzung der Industriellen Werke Basel (IWB) ist Letzteres oft noch vor den finanziellen Beiträgen der eigentliche Anstoss für Hausbesitzer, sich für ein Solardach zu entscheiden. Berater der IWB begleiten das Projekt bis zur Betriebsfähigkeit der Anlage, was viele Unwägbarkeiten für den Bauherrn beseitigt. Zudem wurden im Rahmen des Programms alle Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer in Basel-Stadt mehrmals persönlich auf die Leistungen aufmerksam gemacht. Das Amt für Umwelt und Energie Basel-Stadt hat bisher rund 11 Mio. CHF aus dem Förderfonds ausbezahlt. Jährlich wurden zwischen 100 und 150 neue Anlagen installiert, 2008 sogar über 225. Neben den Hausbesitzern hat auch das Gewerbe vom Programm profitiert. Mit dem Bau der 970 Anlagen seit 2003 haben regionale Installateurbetriebe rund 25 Mio. CHF umgesetzt. Weil etliche Grossanlagen auf Mehrfamilienhäusern installiert wurden, kann der Energieverbrauch in der Region um jährlich gut 2,6 Mio. kWh gesenkt werden. Als Nebeneffekt nehmen die CO₂-Emissionen um schätzungsweise 550 t/Jahr ab. (IWB/pb)

Bâle: 1000 installations solaires sur les toits après consultation

Dans le cadre du programme de soutien «1000 toits solaires pour la Suisse du Nord-Ouest» lancé en 2003, environ 970 installations solaires pour la préparation d'eau chaude ont été installées dans les deux demi-cantons Bâle-Campagne et Bâle-Ville. En fait, 1000 nouvelles installations solaires étaient prévues jusqu'à 2010, c'est-à-dire que le programme a un très grand succès. Il consiste d'aides qui peuvent s'élever à 40% des coûts en Bâle-Ville ainsi que d'une prise en charge intensive. Selon l'estimation des Industriellen Werke Basel (IWB), cette dernière incite souvent et même encore avant le soutien financier les propriétaires d'une maison de se décider en faveur d'un toit solaire. Des conseillers des IWB accompagnent le projet jusqu'au moment de l'opérabilité d'une installation ce qui élimine beaucoup d'impondérabilités pour le maître d'ouvrage. De plus, les propriétaires des maisons à Bâle-Ville ont été informés de manière répétée des prestations dans le cadre du programme. Jusqu'à présent, le Service de l'environnement et de l'énergie du Bâle-Ville a versé environ CHF 11 mio. du fonds de soutien. Entre 100 et 150 nouvelles installations ont été montées par an, en 2008 même plus de 225. Outre les propriétaires des maisons, c'était aussi une initiative favorable au commerce. Avec la construction des 970 installations depuis

2003, les entreprises d'installation régionales ont ainsi réalisé un CA d'environ CHF 25 mio. Puisque de nombreuses installations larges ont été montées sur des maisons collectives, il est possible de réduire la consommation d'énergie dans la région de 2,6 mio. kWh par an. On estime que ceci a aussi pour effet une réduction des émissions des CO₂ de l'ordre de 550 t/an. (IWB/pb)

Siemens-Preis für Bündner Jungforscher

Der mit 10 000 CHF dotierte Siemens Excellence Award geht an 2 Diplomanden der Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur. Mit ihrer Diplomarbeit «Optical Code Sensor» gewannen Rudolf Jörg und Philipp Triet diese nationale Auszeichnung, für welche die Preisträger von 5 regionalen Ausschreibungen nominiert waren. Sie entwickelten ein neues Kamerasystem, welches einerseits herkömmliche Farbbilder erfasst und andererseits auch reflektierende Oberflächen im Infrarotbereich erkennt. Das System ist auf einem bestehenden Produkt aufgebaut. Nach Abschluss der Arbeit entstand ein neu entwickeltes, funktionstüchtiges Kamerasystem, das eine höhere Performance besitzt. Gleichzeitig konnten die Materialkosten im Vergleich zum bestehen-



Die Gewinner des Siemens Excellence Award 2009: Rudolf Jörg und Philipp Triet.

den Produkt um fast ein Drittel gesenkt werden. Mit dem Excellence Award will Siemens Schweiz junge Menschen zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit praxisrelevanten Fragestellungen motivieren. Neben der wissenschaftlichen Leistung werden vor allem der Innovationsgrad und die gesellschaftliche Relevanz sowie die praktische Umsetzbarkeit der Arbeit bewertet. (Siemens/pb)

Neue Vertriebspartnerschaft: ABB-Verteiltransformatoren

Seit Januar 2009 arbeitet ABB Schweiz im Bereich Hermetik-Verteiltransformatoren mit der Firma Trafopower AG in Schönen-



ABB-Verteiltransformatoren können ab sofort bei Trafopower AG, Schönenwerd, bezogen werden.

werd zusammen. Der neue Partner übernimmt den Vertrieb der ABB-Verteiltransformatoren im Leistungsbereich bis 2500 kVA und einer Primärspannung unter 36 kV. Die hermetisch ölfüllten Transformatoren kommen vor allem in Energieversorgungsunternehmen, öffentlichen Bauten und in der Industrie zum Einsatz. Ihre verstärkte Lagenisolation im Aktivteil erhöht die Sicherheit des Transformatorenbetriebs; durch den hermetischen Verschluss kann – unabhängig von Umwelteinflüssen – eine höhere Qualität und Betriebssicherheit gewährleistet werden; eine periodische Prüfung des Isolieröls ist nicht notwendig, was zur Senkung der Betriebs- und Unterhaltskosten führt. ABB Schweiz garantiert weiterhin für die Zuverlässigkeit der Hermetik-Verteiltransformatoren. Trafopower verfügt über Fachspezialisten und langjährige Erfahrungen im Bereich Transformatoren. (ABB/pb)

Intelligente Stromzähler europaweit auf dem Vormarsch

Laut einer Studie der schwedischen Wirtschaftsberatungsgesellschaft Berg Insight befinden sich intelligente Stromzähler (Smart Meters) europaweit auf dem Vormarsch. Berg Insight prognostiziert eine Wachstumsrate von durchschnittlichen 16,2% jährlich, womit bis 2014 in Europa 96,3 Mio. intelligente Stromzähler im Einsatz sein werden. Das Ziel, 80% der Haushalte mit Smart Meters auszustatten, wird bis 2020 erreicht sein. Intelligente Stromzähler melden die aktuellen Stromverbrauchswerte direkt an den Erzeuger. Dies ermöglicht Kunden einen besseren Einblick in ihren individuellen Verbrauch, wodurch auch leichter Energiesparmassnahmen erarbeitet werden können. Die Kosten für die Netzbetreiber sinken ebenfalls, da Kontrollbesuche eingespart werden können. Vor-

reiter beim Einsatz der neuen Technologie ist Italien, wo Smart Meters bereits seit dem Jahr 2000 eingesetzt werden. Der grösste italienische Energieversorger Enel hat mittlerweile all seine 27 Mio. Kunden mit neuen Zählern ausgestattet. Ebenfalls weitverbreitet sind diese in Schweden. Dort hat man im Laufe dieses Jahres als erstes Land weltweit eine 100%ige Abdeckung durch die neue Technologie erreicht. In der Schweiz werden derzeit Pilotnetze mit den neuen Zählern versehen. In manchen Ländern bestehen Bedenken im Bereich Datenschutz. In Holland wurde deshalb ein Parlamentsbeschluss, bis 2013 alle Haushalte mit Smart Meters auszurüsten, zurückgenommen. (Presstext/pb)

Succès des compteurs de courant intelligents partout

D'après une étude de la société de conseil suédoise Berg Insight, les compteurs de courant intelligents (les smart meters) progressent partout en Europe. Berg Insight anticipe un taux de croissance moyennant 16,2%/an, selon lequel 96,3 mio. de compteurs de courant intelligents seront mis en place en Europe d'ici 2014. L'objectif d'équiper 80% des foyers avec ces smart meters sera ainsi atteint d'ici 2020. Des compteurs intelligents transmettent directement les données sur la consommation énergétique au producteur. Le client a ainsi un meilleur aperçu de sa consommation individuelle ce qui facilite l'élaboration de mesures pour réaliser des mesures d'économie d'énergie. En même temps, les coûts pour les gestionnaires du réseau baissent, comme ces derniers peuvent réduire le nombre des visites de contrôle. L'Italie, où les smart meters sont déjà installés depuis 2000, est le précurseur pour l'emploi de cette nouvelle technologie. Le premier producteur d'électricité en Italie, Enel, a aujourd'hui équipé ses 27 mio. de clients avec ces nouveaux compteurs. Ils connaissent aussi un grand succès en Suède, qui sera le premier pays du monde entier à réaliser une couverture à 100% par cette nouvelle technologie d'ici la fin de cette année. A l'heure actuelle, des réseaux pilote sont équipés de ces nouveaux compteurs en Suisse. Dans quelques pays il y a encore des réserves en ce qui concerne la protection des données. Au Pays-Bas par exemple, une décision du Parlement d'équiper tous les foyers avec les smart meters jusqu'à 2013 a été retirée. (Presstext/pb)

VDE-Vorschlag für Umweltziele: Moderne Kraftwerke

Die Klimaziele 2020 der Deutschen Bundesregierung, die CO₂-Emissionen gegen-

über 1990 um 40% zu senken, werden einer aktuellen VDE-Studie zufolge nur schwer zu erreichen sein. Hierzu müsste der Stromverbrauch jährlich um 1,7% sinken. Der VDE prognostiziert jedoch eine Zunahme von mindestens 0,6% jährlich. Er hat eigene Alternativszenarien vorgestellt. Der VDE sieht in seinen eigenen Szenarien um gut 10 Mio. t grössere CO₂-Einsparpotenziale als von der Bundesregierung unterstellt. Beim VDE-Vorschlag eines «umwelt-optimalen» Mix kommen 48,5% des Stroms aus Kohle, Gas und Öl, 25% aus erneuerbaren Energien und 23,4% aus der Kernkraft. Die Investitionskosten betragen 163 Mia. €. Der CO₂-Ausstoss sinkt bis 2020 auf rund 231 Mio. t. Im Regierungsszenario würden bei gleichem Anstieg des Stromverbrauchs rund 310 Mio. t CO₂ und damit 34% mehr emittiert. Es ist zudem um 30 Mia. € teurer. Der «kostenoptimale» Mix des VDE vermindert die CO₂-Emission auf etwa 306 Mio. t bei Investitionen von 120 Mia. €, fast 38% weniger als im Regierungsszenario. Er unterstellt 62,4% Strom aus Kohle, Gas und Öl, 18,4% aus erneuerbaren Energien und 15,2% aus Kernkraft. Die entscheidenden Massnahmen, um die Klimaziele zu erreichen, sind aus Sicht des VDE Hightechkraftwerke mit neuester Technologie sowie die zügige Einführung von Produkten, Systemen und Anlagen mit deutlich geringerem Stromverbrauch. Eine komplett modernisierte fossile Kraftwerksflotte würde die CO₂-Emissionen um 25% reduzieren. Durch energieeffiziente Geräte liesse sich der Stromverbrauch bis 2020 um etwa 10%, die CO₂-Emissionen um bis zu 18% verringern, unter der Annahme, dass die Geräteanzahl nicht steigt. «Eine Abwrackprämie für Energie fressende Geräte und Systeme wäre sehr wahrscheinlich nachhaltiger gewesen als diejenige für Autos», zeigt sich VDE-Experte Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Schröppel überzeugt. (VDE/pb)

Erneuerbare Energien erfordern Netzausbau

Maximal 30% soll der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung im Jahr 2020 betragen. Hierfür sind ein schneller Ausbau der Netze und eine breit angelegte IT-Ausrüstung erforderlich. Die Entkopplung von Angebot und Nachfrage durch Speicherung des Energieüberschusses hält der VDE für unabdingbar. Er fordert, die Entwicklung von Speichern zu beschleunigen. Chancen sieht der Verband im Einsatz von Elektrofahrzeugen. 10% des deutschen PKW-Bestands, ausgerüstet als Plug-in-Hybride, könnten in etwa so viel Energie speichern wie alle heutigen Pumpspeicherkraftwerke zusammen. Mit modernen Bat-

terien und in Verbindung mit einer ausgefeilten Kommunikationstechnik bietet diese Technologie das Potenzial, Windenergie «intelligent» zu speichern. Mit einer vollständigen Umstellung auf E-Fahrzeuge liesse sich der Energiebedarf von PKWs um 75% senken. Diesen Strombedarf könnte man vollständig durch Windenergie decken, so der VDE.

Die VDE-Studie «Die deutschen Energie- und Klimaziele in Gefahr – lassen sich die Vorgaben im Stromsektor erreichen?» kann beim VDE bestellt werden (www.vde.com). (VDE/pb)

VDE: Kooperationsabkommen mit Russland

Die DKE Deutsche Kommission Elektrotechnik, Elektronik, Informationstechnik im DIN und VDE und das russische Wissenschaftliche Forschungsinstitut für Maschinenbau VNIINMASH haben auf der Industriemesse Elektro 2009 in Moskau ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. Ziel der Vereinbarung ist es, durch Informationsaustausch und Zusammenarbeit in der internationalen elektrotechnischen Normung die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Russland zu fördern und gemeinsame Interessen der internationalen Normung abzustimmen. Beide Parteien haben bereits konkrete Aktionen für das kommende Jahr vereinbart, um die Aktivitäten der internationalen Normung und Standardisierung auf dem Gebiet der Elektrotechnik in Russland gemeinsam mit dem ZVEI zu koordinieren und zu vertiefen. Russland will sich verstärkt in die internationale elektrotechnische Normung einbringen. Hierzu wird die direkte Kooperation mit dem IEC-Sekretariat, das vom VNIINMASH geführt wird, wesentlich beitragen.

VNIINMASH selbst führt die Sekretariate für ISO und IEC von Russland sowie meh-



Dr.-Ing. Bernhard Thies (Herr mit roter Krawatte), Sprecher der DKE-Geschäftsführung, und Dr. A. V. Zashigalkin von VNIINMASH unterzeichnen das Kooperationsabkommen.

reere technische Komitees der internationalen Normungsorganisationen. Das VNIINMASH ist eine der führenden Organisation der Föderalen Agentur für die Technische Regulierung FATR (des ehemaligen Grossstandards) in Fragen der Begutachtung der nationalen Standards und technischen Relements sowie das Kompetenzzentrum Russlands für die Zertifizierung komplexer technischer Systeme. Mit der Zertifizierungsstelle von VNIINMASH arbeitet die VDE Prüf- und Zertifizierungsinstituts GmbH bereits seit mehreren Jahren zusammen.

Die vom VDE getragene DKE erarbeitet Normen und Sicherheitsbestimmungen für die Elektrotechnik, Elektronik und Informatonstechnik. Sie vertritt die deutschen Interessen im Europäischen Komitee für Elektrotechnische Normung (Cenelec) und in der Internationalen Elektrotechnischen Kommission (IEC). Rund 3500 Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung erarbeiten das VDE-Vorschriftenwerk in der DKE. Die VDE-Bestimmungen basieren heute grösstenteils auf europäischen Normen, die zu etwa 80% das Ergebnis der internationalen Normungsarbeit der IEC sind. (VDE/jvb)

Technikwochen helfen Maturanden bei der Studienwahl

80% der Befragten ist die Technikwoche gut bis sehr gut in Erinnerung. Technik, Ingenieurberufsbild, Unternehmen und ETH sind die Stichworte, die am häufigsten erwähnt werden. Zwei Drittel der ehemaligen Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer erhielten einen wichtigen Einblick in die Technik und ein klares Bild des Ingenieurberufs. Immerhin ein Drittel der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten gaben an, dass sie durch die Teilnahme an einer Technikwoche in ihrer Studienwahl beeinflusst wurden.

Alljährlich wird von Engineers Shape our Future IngCH eine Evaluation der Technikwoche durchgeführt. Befragt werden Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, die 2 Jahre zuvor an einer Technikwoche teilgenommen haben. IngCH führt die Technikwochen seit 1992 an Gymnasien und Kantonsschulen in der ganzen Schweiz durch. Die Zahl der jährlich durchgeführten Technikwochen hat sich in den letzten Jahren zwischen 20 und 25 eingependelt. Insgesamt wurden schon 265 Technikwochen durchgeführt, über 7000 Mittelschülerinnen und Mittelschüler profitierten von dem Angebot.

In einer Technikwoche soll den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern die Technik im Allgemeinen und der Ingenieurberuf im Speziellen nähergebracht werden. Während der Woche erhalten die Teilnehmenden Einblick in die Ausbildung und

Forschung. Sie besuchen Industriebetriebe, erhalten die Gelegenheit zum direkten Austausch mit Ingenieurinnen und Ingenieuren, hören Referate rund ums Thema Technik und arbeiten einen Tag lang praktisch in einem Workshop. Das Projekt richtet sich an Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, die 1-2 Jahre vor der Matura stehen. (IngCH/jvb)

Semaines techniques aident les candidats à la maturité

80% des sondés ont des souvenirs bons à excellents des semaines techniques. La technologie, la profession de l'ingénieur, les entreprises et EPF sont les mots qui sont le plus souvent mentionnés. Deux tiers des anciens participants de projet ont obtenu un aperçu important des technologies ainsi qu'une présentation précise de la profession de l'ingénieur. Après tout, c'était un tiers des lycéens qui ont indiqué que leur participation à la semaine technique avait eu une influence sur leur choix des études.

Engineers Shape ou Future IngCH évaluent chaque année le succès des semaines techniques. Sondés sont les lycéens et lycéennes qui avaient participé à une semaine technique 2 ans avant. Depuis 1992, IngCH organise les semaines techniques dans les collèges et lycées de toute la Suisse. Le nombre des semaines techniques s'élève depuis plusieurs années de 20 à 25 manifestations. Au total, déjà 265 semaines techniques ont été organisées et plus de 7000 collégiens et collégiennes ont profité de cette offre.

L'objectif d'une semaine technique est de donner aux élèves qui participent un aperçu des technologies en général et de la profession de l'ingénieur en détail. Pendant cette semaine, les participants sont informés sur les voies de formation et sur la recherche. Ils visitent des entreprises d'ingénierie, ont l'opportunité de s'échanger directement avec les ingénieurs, suivent des présentations autour de sujets technologiques et travaillent pendant toute une journée dans un workshop. Le projet s'adresse aux lycéens et lycéennes qui vont passer leurs examens de maturité dans 1 à 2 ans. (IngCH/jvb)

Prozessleitsystem für die Wasser- und Energiewirtschaft

Das Elektrizitätswerk Nidwalden verfügt über mehrere Wasserkraftwerke, welche einen Grossteil der benötigten Energie im Kanton sicherstellen. Um die saisonalen Schwankungen abdecken zu können, wurden Einspeisungsverträge abgeschlossen. Das mit Rittmeyer realisierte Projekt umfasst die Gesamtbewirtschaftung der Kraft-



Gerhard Nigg, Leiter Entwicklung und Produktion der Rittmeyer AG, überreicht dem Direktor des EW Nidwalden, Christian Bircher, eine goldene CD für die 1000. installierte Lizenz des Rittmeyer Ritop-Prozessleitsystems.

werksanlagen Wolfenschiessen, Oberriekenbach, Dallenwil und Trübsee. Laufend wird dort die eigene Energieproduktion mit dem Energieprogramm verglichen, das für den Fremdbezug vereinbart wurde. Eine verbleibende Differenz zwischen prognostizierter und effektiver Last wird durch einen Spitzendeckungsregler betriebswirtschaftlich möglichst optimal in einem definierten Band gehalten. Inzwischen wurde die 1000. Lizenz des Rittmeyer-Prozessleitsystems Ritop installiert. (Rittmeyer AG/jvb)

Une formation durable: CAS Energie Renouvelable

La demande croissante d'énergie fossile, l'épuisement de leurs ressources et les préoccupations environnementales et sanitaires nous obligent à évoluer vers une société qui utilisera plus massivement les énergies renouvelables. Pour répondre à cette évolution, la Haute Ecole spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) propose à partir du 2 octobre 2009 une formation intitulée: Energies renouvelables: Techniques et applications.

L'objectif de cette formation est de former des professionnels aux techniques et applications des énergies renouvelables, dans les domaines du bâtiment, de l'industrie et des réseaux d'énergies. Cette formation est soutenue par l'Office Fédéral de l'Energie (OFEN), la Conférence romande des délégués à l'énergie (CRDE), la HES-SO et les associations faitières actives dans les énergies renouvelables. Elle permettra aux participants d'approfondir leurs connaissances dans les domaines suivants: bois et biomasse, solaire thermique, géothermie, photovoltaïque, éolien, mini-hydraulique et production d'énergie à partir des déchets. Cette formation comprendra 300 h de travail (cours, visites, travaux encadrés et personnels) réparties sur 34 jours et sera ponctuée par un certificat d'étude avancée (CAS). Pour plus d'informations: www.erta.ch. (HES-SO/jvb)

Neuer EBS-Direktor gewählt

Der Verwaltungsrat des Elektrizitätswerks des Bezirks Schwyz (EBS) in Schwyz hat Hans Bless, Walenstadt, zum neuen Direktor des EBS gewählt.

Hans Bless tritt am 1. Januar 2010 in das EBS ein als designierter Nachfolger des amtierenden Direktors Rolf Inderbitzin, welcher Ende April 2010 in den Ruhestand



tritt. Bless wird am 1. April 2010 die volle operative Verantwortung über das EBS als Direktor übernehmen.

Hans Bless ist Elektroingenieur FH (Fachrichtung Energietechnik

und Automation) und verfügt über Nachdiplomabschlüsse als dipl. Wirtschaftsingenieur STV und als Executive MBA in General Management. Im Jahre 1993 wurde er als Betriebsleiter des Wasser- und Elektrizitätswerks Walenstadt (WEW) angestellt und ist seit 2000 Vorsitzender der Geschäftsleitung des WEW. In dieser Funktion hat er die Interessengemeinschaft Rii-Seez Power (Interessengemeinschaft der Elektrizitätswerke der Bezirke Sargans und Werdenberg) mitaufgebaut und ist noch heute dessen Präsident. (EBS/bs)

Neu beim VSE – Nouvelle collaboratrice à l'AES

Am 1. Juni 2009 hat Susanne Michel die Arbeit beim VSE als juristische Mitarbeiterin aufgenommen. Susanne Michel hat nach dem Erwerb des sankt-gallischen Pri-

marlehrerdiploms und einigen Jahren Berufsausübung Rechtswissenschaften an den Universitäten Zürich und Genf studiert. Im Anschluss an den Erwerb des Genfer Lizentiats der Rechte hat sie in einer bekannten Genfer Wirtschaftskanzlei erste Berufserfahrungen gesammelt und 2008 das Genfer Anwaltspatent erworben. Susanne Michel hat sich zudem in Kommunikation weitergebildet und Kurse für aussergerichtliche Konfliktlösungsstrategien besucht. Beim VSE ist sie zuständig für die Mitgliederberatung und betreut Rechtsberatungsmandate, insbesondere aus der französischsprachigen Schweiz.

Le 1^{er} juin 2009, Susanne Michel est entrée en fonction à l'AES en tant que collaboratrice juridique.



Après l'obtention de son diplôme d'enseignante d'école primaire à St-Gall et quelques années de pratique, elle a étudié le droit aux Universités de Zurich et de Genève. Après avoir obtenu sa licence en droit à Genève, elle a fait ses premières expériences professionnelles dans une étude genevoise connue et a obtenu en 2008 son brevet d'avocate. Susanne Michel a également suivi des cours de communication et de stratégies pour résoudre des conflits extrajudiciaires. A l'AES, elle est responsable du conseil aux membres et des mandats de conseil juridique, notamment pour la Suisse romande. (bs)

Stromknappheit kein Thema für Schweizer Bevölkerung

In der Schweiz setzen sich nur wenige mit der Frage der Stromknappheit auseinander, obwohl fast alle einen wachsenden Stromverbrauch erwarten. Grund ist das grosse Vertrauen in die Kompetenz der Stromversorger; deren Image wird jedoch kritisch beurteilt. Dies hat eine repräsentative Umfrage ergeben, die der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen kürzlich in Auftrag gegeben hat.

Nur rund 5% der Befragten erwähnen die Problematik der Stromknappheit, gleichzeitig glauben aber knapp 90%, dass der Stromverbrauch in den nächsten Jahren zunehmen wird.

Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen die Schweizer Stromversorger als zuverlässig an, knapp die Hälfte empfinden diese jedoch als wenig sympathisch und kundenorientiert.

Zugleich geben wiederum 60% der Befragten an, dass sie ein starkes Vertrauen in die Stromversorger haben. Auch sind mehr als zwei Drittel der Befragten überzeugt, dass die Unternehmen genug tun, um die Stromversorgung auch in Zukunft sicherzustellen.

Die repräsentative Onlinebefragung durchgeführt hat die GfK Switzerland im Auftrag des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen erstmalig von Ende Juni bis Anfang Juli 2009. Befragt wurden 501 Personen im Alter von 18 bis 55 Jahren in der ganzen Schweiz. (VSE/bs)

Anzeige

Leuchtende Akzente - für mehr Sicherheit

CircLED - die Kreisverkehrsleuchte für Optik und Design

GIFAS-ELECTRIC
 Mehr Informationen unter:
www.gifas.ch oder +41 (0)71 886 44 44

Auf sicheren Wegen unterwegs

ESATEC konzipiert, plant
und realisiert Systeme
für Energieerzeugung
und -verteilung.

Vom Vorprojekt
bis zur
Inbetrieb-
nahme.



Zuverlässige Bahnstromanlagen



Kraftwerk-Retrofit und Neubau



Komplexe Unterwerke



Moderne Hausanschlussysteme
– elegant für den Bauherrn und flexibel
für das Elektrizitätswerk.

**RAUSCHER
STOECKLIN**

Rauscher & Stoecklin AG
Reuslistrasse 32, CH-4450 Sissach
T +41 61 976 34 66, F +41 61 976 34 22
info@raustoc.ch, www.raustoc.ch



Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallations (NIV)

Bewilligung für das Ausführen von Servicearbeiten und Kleininstallationen, ohne dass ein formeller Sicherheitsnachweis ausgestellt werden muss

1. Ausgangslage

Gemäss Art. 23 Abs. 1 letzter Satz der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallations (NIV; SR 734.27) muss der Inhaber einer allgemeinen Installationsbewilligung in jedem Fall einen Sicherheitsnachweis ausstellen. Die Anforderungen an den Sicherheitsnachweis sind in Art. 37 Abs. 1 NIV definiert.

Die Durchsetzung dieser Vorschrift bei Servicearbeiten und Kleininstallationen ist in der Praxis schwierig. Solche Arbeiten werden in der Regel vom Ersteller zwar kontrolliert, er erstellt aber meistens keinen Sicherheitsnachweis. Diesbezüglich macht die Installations-Branche einen grossen administrativen Aufwand geltend, der relativ schnell grösser sein könnte als der Zeitaufwand für die Installationsarbeit selber. Namentlich in grösseren Betrieben, wo auf Servicearbeiten und Kleininstallationen spezialisierte Equipen eingesetzt werden, sei der administrative Aufwand kaum zu bewältigen. Hinzu kommt, dass Servicearbeiten und Kleininstallationen wegen ihres geringen Anschlusswerts in der Regel der Netzbetreiberin nicht gemeldet werden müssen (siehe Art. 23 Abs. 1 Satz 2 NIV), sodass der Netzbetreiberin gar nicht bekannt ist, wo solche Arbeiten ausgeführt werden. Das erschwert die Durchsetzung der eingangs erwähnten Vorschrift zusätzlich.

2. Ausnahmeverfügung des Departements UVEK für Servicearbeiten und Kleininstallationen

In Kenntnis der genannten Fakten hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK am 29. April 2009 eine Ausnahmeverfügung erlassen, derzufolge für Servicearbeiten und Kleininstallationen in Abweichung von Art. 23 Abs. 1 letzter Satz NIV auf die Erstellung eines Sicherheitsnachweises nach Art. 37 Abs. 1 NIV verzichtet werden kann.

Von der Ausnahmeregelung erfasst werden nur bestimmte, definierte Arbeiten. Zudem darf der Zeitaufwand für diese Arbeiten pro Liegenschaft/Objekt 2 Stunden nicht übersteigen.

Der Verzicht auf das Ausstellen eines Sicherheitsnachweises entbindet nicht von

der Pflicht, vor Inbetriebnahme der Installation eine baubegleitende Erstprüfung nach Art. 24 Abs. 1 NIV durchzuführen und diese zu dokumentieren (idealerweise geschieht dies auf dem Arbeitsrapport, der zusammen mit der Rechnung an den Kunden geht).

Die übrigen Anforderungen der NIV gelten unverändert auch für Servicearbeiten und Kleininstallationen.

Die Ausnahmeverfügung des UVEK ist ab Datum der Unterzeichnung (29. April 2009) in Kraft. Sie ist im Wortlaut unter Ziffer 4 nachfolgend abgedruckt.

3. Stichprobenkontrollen

Das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI wird stichprobenweise prüfen, ob die Inhaber einer allgemeinen Installationsbewilligung die Ausnahmeverfügung des UVEK richtig anwenden.

4. Ausnahmeverfügung des Departements UVEK vom 29. April 2009 im Wortlaut

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

gestützt auf:

- das Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902 (EleG, SR 734.0)
- Artikel 1 Absatz 4 der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallations vom 7. November 2001 (NIV, SR 734.27);
- die Anordnung des Departementsvorstehers vom 1.11.1995 gestützt auf Art. 49 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21.3.1997 [RVOG; SR 172.010], wonach der Generalsekretär und seine Stellvertreter ermächtigt sind, Entschiede im Namen des Departementsvorstehers zu unterzeichnen;

erwägt:

1. Formelles

Nach Artikel 1 Absatz 4 NIV kann die Abweichung von einzelnen Vorschriften der

Verordnung bewilligt werden, wenn eine Bestimmung nur unter ausserordentlichen Schwierigkeiten befolgt werden kann oder sie sich für die technische Entwicklung als hinderlich erweist. Zuständig für die Erteilung solcher Bewilligungen ist das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK, oder in weniger bedeutenden Fällen das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI). Vorliegend geht es um die Abweichung von der Pflicht, für alle Installationsarbeiten einen Sicherheitsnachweis zu erstellen. Es handelt sich damit um eine Ausnahme, die durch das UVEK zu bewilligen ist.

2. Materielles

Das Erstellen eines Sicherheitsnachweises für elektrische Installationen ist unbestrittenermassen mit einem gewissen administrativen Aufwand verbunden. Besonders ins Gewicht fällt in diesem Zusammenhang, dass der Sicherheitsnachweis in aller Regel nicht vor Ort, auf der «Baustelle», erstellt werden kann, sondern erst nachträglich im Büro am Computer. Das bedeutet konkret, dass die vom Monteur vor Ort erhobenen technischen Angaben und Ergebnisse der Kontrolle nachträglich noch übertragen werden müssen. Der Zeitaufwand für diese administrative Nachbearbeitung einer Service- oder Kleinarbeit kann daher relativ schnell grösser sein als die eigentliche Arbeit selber. Damit entstehen für den Kunden zusätzliche Kosten, und die Akzeptanz dieser Bestimmung bei der Branche und den Kunden ist eher klein.

Servicearbeiten und Kleininstallationen müssen wegen ihres geringen Anschlusswerts in der Regel der Netzbetreiberin nicht angezeigt werden (Art. 23 Abs. 1 Satz 2 NIV). Dieser ist daher gar nicht bekannt, wo solche Arbeiten ausgeführt werden. Die Kontrolle, ob solche Arbeiten ausgeführt wurden und ob für diese ein formeller Sicherheitsnachweis vorliegt, erfolgt daher grundsätzlich erst nachträglich im Zusammenhang mit der periodischen Installationskontrolle. Das erschwert die Durchsetzung der Vorschrift zusätzlich.

Damit den Interessen der Sicherheit trotz der geringen Akzeptanz der gesetzlichen Lösung und der Schwierigkeiten bei der Kontrolle Rechnung getragen wird, werden in der Praxis bereits seit einiger Zeit die Ergebnisse der Erstprüfung nach Servicearbeiten und Kleininstallationen direkt auf dem Arbeitsrapport festgehalten, der zusammen mit der Rechnung auch an den Kunden geht. Dieser hat damit die Gewissheit, dass seine Arbeit nach den Regeln der Technik ausgeführt und kontrolliert wurde. Die Anliegen der Verordnung sind damit auch für diese untergeordneten Arbeiten mit verhältnismässigem Aufwand erfüllt.

Die Branche selber will die vorgeschlagene Erleichterung ausdrücklich nur dann gelten lassen, wenn der administrative Aufwand im Verhältnis zum tatsächlichen Arbeitsaufwand unverhältnismässig wäre. Sie hat deshalb eine sehr restriktive Umschreibung des Geltungsbereiches für die Ausnahmebewilligung vorgeschlagen.

Die Ausnahme bezieht sich im Weiteren auch nur auf das Ausstellen des formellen Sicherheitsnachweises. Alle anderen Vorschriften im Zusammenhang mit dem Ausführen von Installationsarbeiten wie bezüglich Ausbildung und Ausrüstung der ausführenden Personen oder der Pflicht zur baubegleitenden Erstprüfung gelten unverändert auch für Servicearbeiten und Kleininstallationen.

verfügt:

1. Für Servicearbeiten und Kleininstallationen kann in Abweichung von von Artikel

23 Absatz 1 letzter Satz der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV) auf die Erstellung eines formellen Sicherheitsnachweises nach Artikel 37 Absatz 1 NIV verzichtet werden.

2. Als Servicearbeiten und Kleininstallationen gelten die folgenden Arbeiten, wenn der Zeitaufwand pro Liegenschaft/Objekt 2 Stunden nicht übersteigt:
 - Auswechseln von Schaltern und Beleuchtungskörpern;
 - Störungsbehebungen;
 - Auswechseln von einzelnen Steckdosen an einer bestehenden Zuleitung;
 - Zusätzliche Installation einzelner Steckdosen ab einem bestehenden Gruppenüberstromunterbrecher;
 - Auswechseln von fest angeschlossenen Haushaltgeräten mit gleicher Leistung an einer bestehenden Zuleitung.
3. Der Verzicht auf das Ausstellen eines Sicherheitsnachweises entbindet nicht von der Pflicht, nach Abschluss der Arbeiten eine baubegleitende Erstprüfung gemäss Artikel 24 Absatz 1 NIV durchzuführen und diese zu dokumentieren.
4. Die übrigen Anforderungen der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen betreffend die Ausföhrung und Kontrolle von Installationsarbeiten gelten unverändert auch für Servicearbeiten und Kleininstallationen.
5. Diese Verfügung wird gestützt auf Artikel 13 Absätze 2 und 3 des Publikationsgesetzes (SR 170.512) und Artikel 18 der

Publikationsverordnung (SR 170.512.1) im Bundesblatt publiziert.

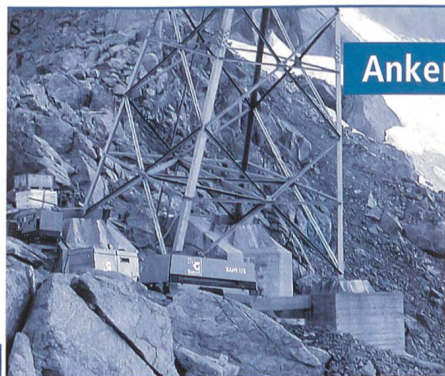
6. In Anwendung von Artikel 35 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (SR 172.021) können Betroffene eine Verfügung mit einer Rechtsmittelbelehrung verlangen.
7. Mitteilung an:
Bundesamt für Energie zur Information an:
 - Eidgenössisches Starkstrominspektorat
 - Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
 - Verband Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen
 - Verband Schweizerischer Elektrokontrollen
 - schweizerischer verband der dipl. absolventinnen und absolventen höherer fachschulen

UVEK Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation

Der stellvertretende Generalsekretär
André Schrade

Dario Marty, Chefingenieur

Anzeige



Ankerarbeiten | Felssicherung

Nutzen Sie die Erfahrung von Gasser Felstechnik bereits bei der Projektierung.

Wir bieten Gesamtlösungen – von der Planung bis zur Ausführung.



Gasser Felstechnik AG | T +41 41 679 77 77 | www.felstechnik.ch

Untertag | Felssicherung | Sprengbetriebe | Baubetriebe | Spezialbohrungen

Ordonnance sur les installations électriques à basse tension (OIBT)

Autorisation de procéder à des travaux de maintenance et à des installations mineures sans obligation d'établir le rapport de sécurité formel

1. Situation initiale

Selon l'art. 23, al. 1, dernière phrase de l'ordonnance sur les installations électriques à basse tension (OIBT; RS 734.27), le titulaire d'une autorisation générale d'installer doit dans tous les cas établir un rapport de sécurité. Les exigences relatives au rapport de sécurité sont définies à l'art. 37, al. 1 OIBT.

Il est difficile d'appliquer dans la pratique cette prescription pour les travaux de maintenance et les installations mineures. En règle générale, de tels travaux sont certes contrôlés par le constructeur, mais ce dernier n'établit pas la plupart du temps de rapport de sécurité. A ce propos, la branche de l'installation fait valoir l'ampleur des efforts administratifs, qui peuvent assez rapidement devenir supérieurs au temps passé pour les travaux d'installation proprement dits. En particulier dans les plus grandes entreprises où des équipes spécialisées interviennent pour les travaux de maintenance et les installations mineures, la partie administrative serait à peine maîtrisable. A ceci s'ajoute que les travaux de maintenance et les installations mineures, du fait de leur faible puissance nécessaire à l'alimentation, ne doivent en général pas être annoncés à l'exploitant de réseau (voir art. 23, al. 1, 2^e phrase OIBT), de sorte que l'exploitant de réseau ne sait même pas où de tels travaux sont effectués. Cela complique en plus d'imposer le respect de la prescription évoquée au début.

2. Décision de dérogation du DETEC pour les travaux de maintenance et les installations mineures

En connaissance des éléments cités, le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication DETEC a prononcé le 29 avril 2009 une décision de dérogation en vertu de laquelle pour les travaux de maintenance et les installations mineures, par dérogation à l'art. 23, al. 1, dernière phrase OIBT, il est autorisé de renoncer à établir le rapport de sécurité prévu à l'art. 37, al. 1 OIBT.

Ne sont concernés par cette exception que certains travaux définis. De plus, le temps passé pour ces travaux ne doit pas dépasser deux heures par immeuble/objet.

L'autorisation de ne pas établir un rapport de sécurité ne dispense pas de l'obligation d'effectuer, avant la mise en service de l'installation, une première vérification

selon l'art. 24, al. 1 OIBT et de consigner celle-ci (ceci s'effectue idéalement dans le rapport de travail envoyé au client avec la facture).

Les autres exigences de l'OIBT s'appliquent également aux travaux de maintenance et aux installations mineures.

La décision de dérogation du DETEC est en vigueur depuis la date de la signature (29 avril 2009). Son texte est imprimé ci-dessous au chiffre 4.

3. Contrôles par sondage

L'Inspection fédérale des installations à courant fort ESTI contrôlera par sondage si les titulaires d'une autorisation générale d'installer appliquent correctement la décision de dérogation du DETEC.

4. Texte de la décision de dérogation du DETEC du 29 avril 2009

Le Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication

vu:

- la loi du 24 juin 1902 sur les installations électriques (LIE, RS 734.0);
- l'art. 1, al. 4 de l'ordonnance du 7 novembre 2001 sur les installations électriques à basse tension (OIBT, RS 734.27);
- les instructions du chef du département du 1^{er} novembre 1995 reposant sur l'art. 49 de la loi du 21 mars 1997 sur l'organisation du gouvernement et de l'administration [LOGA; RS 172.010], qui autorisent le secrétaire général et ses suppléants à signer des décisions au nom du chef du département;

considère:

1. Formellement

Selon l'art. 1, al. 4 OIBT, une dérogation à certaines prescriptions de l'ordonnance peut être autorisée si une disposition s'avère extraordinairement difficile à respecter ou entrave le développement technique. L'autorisation d'une telle dérogation relève de la compétence du Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication (DETEC) ou, dans des cas de moindre importance, de celle de l'Inspection fédérale des installations à courant fort (ESTI). En l'occurrence, il s'agit d'une dérogation à

l'obligation d'établir un rapport de sécurité, à laquelle toute intervention est soumise. C'est donc une exception devant être autorisée par le DETEC.

2. Matériellement

L'établissement d'un rapport de sécurité relatif à une installation électrique entraîne indiscutablement une certaine charge administrative. Dans ce contexte, le fait que le rapport de sécurité ne peut pas, en règle générale, être établi sur place, sur le 'chantier', mais seulement plus tard au bureau, sur ordinateur, compte pour beaucoup. Concrètement, cela signifie que les données et résultats techniques du contrôle recueillis sur place par le monteur doivent encore être reportés. Le temps nécessaire au traitement administratif d'un travail de maintenance ou d'un travail mineur peut donc assez facilement excéder la durée d'exécution du travail lui-même. Il en découle des coûts supplémentaires pour le client et l'acceptation dont jouit cette disposition au sein de la branche et parmi les clients est plutôt mince.

En raison du faible niveau de la puissance d'alimentation nécessaire, les travaux de maintenance et les installations mineures ne doivent pas obligatoirement, en principe, faire l'objet d'un avis à remettre à l'exploitant de réseau (art. 23, al. 1, 2^e phrase OIBT). Ce dernier n'a donc même pas connaissance des lieux où sont exécutés de tels travaux. En conséquence, le contrôle visant à savoir si de tels travaux ont été exécutés et si un rapport de sécurité a été formellement établi n'a lieu, en général, qu'après coup, en lien avec les contrôles périodiques des installations. La prescription n'en est que plus difficile encore à appliquer.

Afin de préserver la sécurité visée malgré la faible acceptation de la solution légale et les difficultés à effectuer des contrôles, les résultats de la première vérification réalisée après les travaux de maintenance et les installations mineures sont, dans les faits, relevés directement, depuis quelque temps déjà, dans le rapport d'intervention qui est également adressé avec la facture au client. Ce dernier a ainsi la certitude que le travail a été exécuté et contrôlé dans les règles de l'art. De la sorte, les visées de l'ordonnance se trouvent atteintes y compris pour ces travaux de moindre importance, sans charge disproportionnée.

La branche elle-même souhaite que la facilité proposée ne soit expressément valable que dans les cas où la charge administrative serait disproportionnée au regard della charge de travail réelle. En ce sens, elle a proposé une délimitation très restrictive du champ d'application à retenir pour l'autorisation d'exception.

De plus, l'exception ne vaut que pour l'établissement du rapport de sécurité formel. Toutes les autres prescriptions relatives à l'exécution de travaux sur des installations, à la formation et à l'équipement des personnes effectuant les travaux ou à l'obligation d'effectuer une première vérification restent applicables sans changement pour les travaux de maintenance et les installations mineures.

décide:

1. Par dérogation à l'art. 23, al. 1, dernière phrase de l'ordonnance sur les installations électriques à basse tension (OIBT), il est autorisé, pour les travaux de maintenance et les installations mineures, de renoncer à établir le rapport de sécurité formel prévu à l'art. 37, al. 1, OIBT.
2. Sont considérés comme travaux de maintenance et installations mineures les travaux suivants, lorsque le temps

consacré à leur exécution ne dépasse pas 2 heures par emplacement ou par objet:

- remplacement d'interrupteurs et de luminaires;
 - suppressions de perturbations;
 - remplacement de prises électriques sur une ligne d'alimentation existante;
 - installation complémentaire de prises électriques en aval d'un coupe-surintensités collectif existant;
 - remplacement d'appareils électromagnétiques raccordés à demeure, sans changement de puissance, sur une ligne d'alimentation existante.
3. L'autorisation de ne pas établir le rapport de sécurité ne dispense pas de l'obligation d'effectuer une première vérification une fois les travaux achevés, comme prévu à l'art. 24, al. 1, OIBT, et de le consigner dans le dossier.
 4. Les autres exigences que l'ordonnance prescrit en lien avec l'exécution et le contrôle de travaux sur des installations s'appliquent également aux travaux de maintenance et aux installations mineures.
 5. La présente décision est publiée dans la Feuille fédérale conformément à l'art. 13, al. 2 et 3 de la loi sur les publi-

cations officielles (RS 170.512) et à l'art. 18 de l'ordonnance sur les publications officielles (RS 170.512.1).

6. En application de l'art. 35, al. 3, de la loi fédérale sur la procédure administrative (RS 172.021), toute personne concernée peut exiger une décision indiquant les voies de recours.
7. Communication à:
 - l'Office fédéral de l'énergie,
 - pour information à:
 - l'Inspection fédérale des installations à courant fort,
 - l'Association des entreprises électriques suisses,
 - l'Union suisse des installateurs-électriciens,
 - l'Association suisse pour le contrôle des installations électriques,
 - l'Association suisse des diplômées et des diplômés des écoles supérieures.

Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie et de la communication DETEC

Le Secrétaire général suppléant
André Schrade

Dario Marty, ingénieur en chef

Ordinanza concernente gli impianti elettrici a bassa tensione (OIBT)

Autorizzazione per l'esecuzione di lavori di manutenzione e di piccoli lavori di installazione senza l'obbligo di allestire un rapporto di sicurezza formale

1. Premessa

Secondo l'art. 23 cpv. 1 ultima frase dell'ordinanza concernente gli impianti elettrici a bassa tensione (OIBT; RS 734.27) il titolare di un'autorizzazione generale di installazione deve in ogni caso allestire un rapporto di sicurezza. I requisiti, che il rapporto di sicurezza deve soddisfare, sono definiti nell'art. 37 cpv. 1 OIBT.

In pratica, in caso di lavori di manutenzione e di piccoli lavori di installazione, è difficile applicare questa disposizione. Di norma, tali lavori vengono si controllati dall'esecutore, ma solitamente quest'ultimo non redige alcun rapporto di sicurezza. Al riguardo le imprese attive nel settore delle installazioni fanno valere il fatto che ciò occasionerebbe un notevole onere amministrativo, che abbastanza in fretta potrebbe essere molto maggiore del dispendio di tempo per il lavoro di installazione stesso.

Specialmente nelle imprese di una certa dimensione, in cui per lavori di manutenzione e piccoli lavori di installazione vengono impiegate squadre specializzate, si riesce a malapena a venire a capo dell'onere amministrativo. A ciò si aggiunge il fatto che di norma, a causa della loro bassa potenza di allacciamento, i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione non devono essere notificati al gestore di rete (vedere art. 23 cpv. 1 seconda frase OIBT), cosicché quest'ultimo non sa affatto dove tali lavori sono stati eseguiti. Ciò rende ulteriormente difficile imporre il rispetto della disposizione menzionata all'inizio.

2. Decisione di deroga del DATEC per l'esecuzione di lavori di manutenzione e di piccoli lavori di installazione

In conoscenza dei fatti summenzionati, il 29 aprile 2009 il Dipartimento federale

dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni DATEC ha emanato una decisione di deroga, a seguito della quale in deroga all'art. 23 cpv. 1 ultima frase OIBT per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione si può rinunciare alla presentazione di un rapporto di sicurezza secondo l'art. 37 cpv. 1 OIBT.

La decisione di deroga riguarda solamente determinati lavori definiti. Inoltre per questi lavori il dispendio di tempo per immobile/oggetto non può superare le 2 ore.

La rinuncia alla presentazione di un rapporto di sicurezza non esenta dall'obbligo di eseguire, prima della messa in servizio dell'impianto, una prima verifica secondo l'art. 24 cpv. 1 OIBT e di preparare una documentazione a riguardo, una volta conclusi i lavori (ciò avviene idealmente nel protocollo dei lavori, che viene inviato ai clienti insieme alla fattura).

I restanti requisiti dell'OIBT rimangono immutati anche per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione.

La decisione di deroga del DATEC entra in vigore a partire dalla data della firma (29 aprile 2009). Il suo testo è riportato qui di seguito al punto 4.

3. Controlli a campione

L'Ispettorato federale degli impianti a corrente forte ESTI verificherà mediante controlli a campione, se i titolari di un'autorizzazione generale di installazione applicano correttamente la decisione di deroga del DATEC.

4. Testo della decisione di deroga del DATEC del 29 aprile 2009

Il Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni,

visti:

- la legge del 24 giugno 1902 sugli impianti elettrici (LIE, RS 734.0);
- l'articolo 1 capoverso 4 dell'ordinanza del 7 novembre 2001 sugli impianti a bassa tensione (OIBT, RS 734.27);
- l'istruzione del Capo del Dipartimento del 1.11.1995, basata sull'art. 49 della legge del 21 marzo 1997 sull'organizzazione del Governo e dell'Amministrazione [LOGA, RS 172.010], che conferisce al Segretario generale e ai suoi supplenti il diritto di firmare le decisioni a nome del Capo del Dipartimento,

considera:

1. Sul piano formale

In virtù dell'articolo 1 capoverso 4 OIBT, la deroga a singole disposizioni dell'ordinanza può essere autorizzata se una norma può essere rispettata solo con grande difficoltà o se ostacola l'evoluzione tecnica. L'organo competente per queste autorizzazioni è il Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni DATEC oppure, in casi meno importanti, l'Ispettorato federale degli impianti a corrente forte (ESTI). Nella fattispecie, si tratta della deroga all'obbligo di fornire un rapporto di sicurezza per tutti i lavori di installazione. Tale deroga costituisce un'eccezione che deve essere autorizzata dal DATEC.

2. Sul piano materiale

La presentazione di un rapporto di sicurezza per gli impianti elettrici richiede indubbiamente un certo onere amministrativo. In particolare, vi è lo svantaggio che, di norma, tale rapporto non può essere stilato in loco, bensì solo in seguito al computer in ufficio.

Ciò significa in concreto che i dati tecnici rilevati sul posto dall'installatore e i risultati del controllo devono essere trasmessi successivamente. Il dispendio di tempo per effettuare queste operazioni nell'ambito di una manutenzione o di un piccolo lavoro può essere molto maggiore rispetto al lavoro stesso. Per i clienti ciò significa costi supplementari e pertanto tale disposizione è accettata malvolentieri dai diretti interessati.

Di norma, i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione su impianti con potenza di allacciamento bassa non devono essere notificati al gestore di rete (art. 23 cpv. 1 seconda frase OIBT). Quest'ultimo quindi non sa, dove sono stati eseguiti i lavori. Il controllo della loro esecuzione e della presenza o meno di un rapporto di sicurezza formale avviene di norma successivamente, nell'ambito del controllo periodico degli impianti. Tutto ciò finisce per rendere ancora più ostica l'attuazione della disposizione di legge.

Affinché gli interessi della sicurezza possano essere tutelati, nonostante il basso consenso a favore della norma stabilita dalla legge e le difficoltà legate ai controlli, già da qualche tempo è prassi indicare direttamente sul protocollo dei lavori eseguiti i risultati della prima verifica effettuata dopo i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione. Il protocollo viene inviato ai clienti insieme alla fattura. In tal modo questi ultimi hanno la certezza che i lavori sono stati eseguiti e controllati secondo le regole della tecnica. Grazie a questa soluzione, i requisiti dell'ordinanza sono soddisfatti con oneri adeguati anche per questi lavori secondari.

Le imprese del settore intendono far applicare espressamente le agevolazioni proposte solo nel caso in cui l'onere amministrativo è sproporzionato rispetto al dispendio di lavoro effettivo. Esse hanno pertanto proposto una delimitazione restrittiva del campo di applicazione delle deroghe.

Le deroghe riguardano solamente la presentazione di un rapporto di sicurezza formale. Tutte le altre disposizioni in merito all'esecuzione dei lavori, la formazione e l'equipaggiamento del personale addetto, come anche l'obbligo relativo alla prima verifica, rimangono valide anche per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione.

decide:

1. In deroga all'articolo 23 capoverso 1 ultima frase OIBT, per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione si può rinunciare alla presentazione di un rapporto di sicurezza secondo l'articolo 37 capoverso 1 OIBT.

2. Purché il dispendio di tempo per immobile/opera non superi le due ore, per lavori di manutenzione e piccoli lavori di installazione si intende:

- la sostituzione di interruttori e di dispositivi di illuminazione;
- la riparazione di guasti;
- la sostituzione di singole prese di corrente su una linea di alimentazione esistente;
- l'installazione supplementare di singole prese di corrente a valle di un gruppo interruttore di sovracorrente esistente;
- la sostituzione di elettrodomestici con la stessa potenza e allacciamento fisso a una linea di alimentazione esistente.

3. La rinuncia alla presentazione di un rapporto di sicurezza non esenta dall'obbligo di eseguire una prima verifica secondo l'articolo 24 capoverso 1 OIBT e di preparare una documentazione a riguardo, una volta conclusi i lavori.

4. I restanti requisiti dell'ordinanza concernenti l'esecuzione e il controllo di lavori di installazione rimangono immutati anche per i lavori di manutenzione e i piccoli lavori di installazione.

5. In virtù dell'articolo 13 capoversi 2 e 3 della legge sulle pubblicazioni ufficiali (RS 170.512) e dell'articolo 18 dell'ordinanza sulle pubblicazioni ufficiali (RS 170.512.1), la presente decisione è pubblicata sul Foglio federale.

6. In applicazione dell'articolo 35 capoverso 3 della legge sulla procedura amministrativa (RS 172.021), gli interessati possono esigere una decisione con indicazione dei rimedi giuridici.

7. Notifica a:

Ufficio federale dell'energia per informazione a:

- Ispettorato federale degli impianti a corrente forte
- Associazione delle aziende elettriche svizzere
- Unione svizzera degli installatori elettricisti
- Associazione svizzera per i controlli degli impianti elettrici
- associazione svizzera delle diplomate e dei diplomati delle scuole specializzate superiori

DATEC Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia e delle comunicazioni

Il Segretario generale supplente
André Schrade

Dario Marty, ingegnere capo

Allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe

(Voraussetzungen für ihre Erteilung, Änderung der Bewilligung, Ersatzbewilligung, Strafbarkeit nach Art. 42 NIV, Widerruf der Bewilligung)

1. Einleitung

Jeder Betrieb, der die Erstellung, Änderung oder Instandstellung von elektrischen Installationen, die unter den Geltungsbereich der Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV; SR 734.27) fallen, seinen Betriebsangehörigen überträgt, braucht eine allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe des Eidgenössischen Starkstrominspektorats ESTI (vgl. Art. 6 ff. NIV).

Die NIV sieht diese Bewilligungspflicht vor, um Gefahren und Schäden, die durch elektrische Installationen entstehen können, zu vermeiden. Nur wer fachkundig im Sinne von Art. 8 NIV ist, mithin eine qualifizierte Ausbildung absolviert hat, kann in einem Betrieb die technische Aufsicht wirksam ausüben, um diesen Zweck zu erfüllen. Die Missachtung der Bewilligungspflicht ist unter Strafe gestellt (vgl. Art. 42 Bst. a NIV).

Nachfolgend wird erläutert, welche Voraussetzungen ein Elektro-Installationsbetrieb erfüllen muss, damit ihm eine solche Bewilligung erteilt werden kann. Ferner wird dargelegt, in welchen Fällen eine Änderung der Bewilligung bzw. eine Ersatzbewilligung nötig ist. Schliesslich wird aufgezeigt, wozu die Bewilligung den Betrieb berechtigt resp. nicht berechtigt (Strafbarkeit) und in welchen Fällen die Bewilligung widerrufen wird.

2. Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung

Betriebe erhalten die allgemeine Installationsbewilligung, wenn sie eine fachkundige Person beschäftigen, die in den Betrieb so eingegliedert ist, dass sie die technische Aufsicht über die Installationsarbeiten wirksam ausüben kann (fachkundiger Leiter). Zudem müssen die Betriebe Gewähr bieten, dass sie die Vorschriften der NIV einhalten (Art. 9 Abs. 1 NIV).

Pro 20 in der Installation beschäftigte Elektro-Kontrolleure/Chefmonteure (heute: Elektro-Sicherheitsberater), Elektromonteure, Montage-Elektriker, Lernende oder Hilfskräfte müssen die Betriebe mindestens eine fachkundige Person vollzeitlich beschäftigen, welche die technische Aufsicht ausübt (vgl. Art. 10 Abs. 1 NIV). Die Teilzeitbeschäftigung des fachkundigen Leiters ist unter gewissen Voraussetzungen zulässig, wobei diesbezüglich auf die ESTI-Mitteilung im Bulletin SEV/VSE 13/2008 verwiesen wird (www.esti.admin.ch > Dokumentation

> ESTI-Mitteilungen > Teilzeitbeschäftigung des fachkundigen Leiters in einem Elektro-Installationsbetrieb; Voraussetzungen und Kontrolle).

Der Betrieb, der um Erteilung der allgemeinen Installationsbewilligung ersucht, hat beim ESTI ein vollständiges Gesuch einzu-reichen. Das Gesuchsformular steht im Internet zur Verfügung (www.esti.admin.ch > Dokumentation > Formulare > NIV).

Gestützt auf die eingereichten Unterlagen prüft das ESTI die Einhaltung der Voraussetzungen. Nötigenfalls trifft das ESTI weitere Abklärungen, indem es beispielsweise ein Gespräch mit der im Gesuch erwähnten fachkundigen Person im Pensionsalter durchführt, um zu prüfen, ob diese die technische Aufsicht noch wirksam ausüben kann (siehe zur Zulässigkeit: www.esti.admin.ch > Dokumentation > ESTI-Mitteilungen > Allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe und Wirksamkeit der technischen Aufsicht, Grundlegende Entscheidung der Eidgenössischen Rekurskommission für Infrastruktur und Umwelt [Bulletin SEV/VSE 17/2006]). Sind sämtliche Voraussetzungen erfüllt, erteilt das ESTI dem Betrieb die allgemeine Installationsbewilligung.

Die Erteilung der Bewilligung ist gebührenpflichtig. Die aktuellen Gebührensätze für Bewilligungen nach NIV sind im Internet abrufbar (www.esti.admin.ch > Dokumentation > Gebühren > Gebührensätze für Bewilligungen nach NIV).

3. Änderung der Installationsbewilligung

Sobald ein Betrieb im Besitz der allgemeinen Installationsbewilligung ist, ist er als Bewilligungsinhaber für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich. Gemäss Art. 19 Abs. 1 NIV muss er dem ESTI innert 2 Wochen jede Tatsache melden, die eine Änderung der Installationsbewilligung erfordert. Solche Tatsachen können sein:

- Änderung des Firmennamens;
- Adressänderung;
- wesentliche Änderung der Betriebsorganisation, die sich auf den Beschäftigungsgrad des fachkundigen Leiters/der fachkundigen Leiter auswirkt;
- Ausscheiden von fachkundigen Personen, die in der Bewilligung aufgeführt sind;
- Anstellung von zusätzlichen fachkundigen Personen, die gegenüber den Netz-

betreiberinnen unterschriftsberechtigt sein sollen.

Diese Tatsachen sind dem ESTI ebenfalls mittels Gesuchsformular (siehe oben) zu melden.

Das ESTI prüft sodann, ob der Bewilligungsinhaber die Vorschriften der NIV auch mit Vorliegen dieser neuen Tatsachen einhält. Sind die Voraussetzungen erfüllt, ändert das ESTI die Bewilligung dem Antrag entsprechend.

Die Änderung der Bewilligung ist ebenfalls gebührenpflichtig (siehe oben).

4. Ersatzbewilligung

Es kann vorkommen, dass ein Betrieb vorübergehend keine fachkundige Person beschäftigt, z.B. weil diese den Betrieb verlassen hat und der Betrieb noch keine neue fachkundige Person anstellen konnte, oder weil das ESTI festgestellt hat, dass die fachkundige Person im Pensionsalter nicht mehr über ausreichende technische Kenntnisse verfügt, damit die technische Aufsicht wirksam ist und die Suche nach einer neuen fachkundigen Person noch nicht erfolgreich war. Damit der Betrieb trotzdem berechtigt bleibt, Installationsarbeiten auszuführen, kann ihm das ESTI eine Ersatzbewilligung erteilen (vgl. Art. 11 NIV).

Voraussetzung ist, dass der Betrieb mindestens einen Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur (heute: Elektro-Sicherheitsberater) oder eine Person beschäftigt, welche die Voraussetzungen als Betriebselektriker (Art. 13) erfüllt (vgl. Art. 11 Abs. 1 NIV). Zudem muss diese Person im Betrieb vollzeitlich angestellt sein und sie darf nicht mehr als 20 in der Installation tätige Betriebsangehörige beaufsichtigen (vgl. Art. 10 Abs. 1 NIV).

Der Betrieb hat beim ESTI ein vollständiges Gesuch um Erteilung einer Ersatzbewilligung mittels Gesuchsformular, welches ebenfalls im Internet zugänglich ist (siehe oben), einzureichen.

Sind die Voraussetzungen erfüllt, wird dem Betrieb die Ersatzbewilligung für 6 Monate erteilt; sie kann um höchstens 6 Monate verlängert werden (Art. 11 Abs. 2 NIV). Danach ist eine nochmalige Verlängerung der Bewilligung ausgeschlossen, denn dies würde dem Zweck der NIV – die Vermeidung von Gefahren und Schäden, die durch elektrische Installationen entstehen können – widersprechen (vgl. Entscheidung A-5837/2008 des Bundesverwaltungsgerichts vom 3. April 2009).

Die Erteilung der Ersatzbewilligung sowie deren Verlängerung sind ebenfalls gebührenpflichtig (siehe oben).

Der Betrieb ist während der Gültigkeitsdauer der Ersatzbewilligung berechtigt, unter der technischen Leitung der in der Bewilligung aufgeführten Person sämtliche Installationsarbeiten auszuführen. Die Schlusskontrolle nach Art. 24 Abs. 2 NIV muss jedoch nach wie vor ein Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur (heute: Elektro-Sicherheitsberater) oder eine fachkundige Person durchführen.

Solange der Betrieb eine Ersatzbewilligung besitzt, muss das ESTI dessen Installationstätigkeit besonders beaufsichtigen. Der Inhaber der Ersatzbewilligung trägt die Kosten (vgl. Art. 11 Abs. 3 NIV). Dieser Aufgabe kommt das ESTI nach, indem es innerhalb der 6-monatigen Gültigkeitsdauer der Bewilligung den Betrieb mindestens 1-mal inspiziert. Anlässlich dieser Inspektion kontrolliert das ESTI, ob der Betrieb die Vorschriften der NIV einhält, insbesondere ob er nach den anerkannten Regeln der Technik installiert. Zu diesem Zweck werden die ausgeführten Arbeiten vom ESTI stichprobenweise kontrolliert. Die Verantwortung für die richtige Ausführung von Installationsarbeiten liegt aber stets beim Betrieb resp. dessen Personal.

5. Ausführen von Installationsarbeiten – Strafbarkeit nach Art. 42 NIV

Nach Art. 42 Bst. a NIV wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig Installationsarbeiten ohne die dafür notwendige Bewilligung (Art. 6) ausführt. Jeder Betrieb benötigt deshalb für das Ausführen von Installationsarbeiten eine Bewilligung. Andernfalls macht er sich strafbar.

Die allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe ist unbefristet und nicht übertragbar. Sie gilt für die ganze Schweiz (Art. 18 Abs. 1 NIV).

Die allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe berechtigt den Bewilligungsinhaber, die Ausführung von Installationsar-

beiten seinen Betriebsangehörigen zu übertragen (vgl. Art. 10 Abs. 3 und 5 NIV). Als Betriebsangehörige gelten Personen, die der Bewilligungsinhaber fest angestellt hat, d.h. mit diesem in einem Arbeitsverhältnis nach Art. 319 ff. des Obligationenrechts (SR 220) stehen. Ferner gelten auch Personen als Betriebsangehörige, die der Bewilligungsinhaber von einem Temporärunternehmen ausleiht.

Die elektrischen Installationen müssen nach den anerkannten Regeln der Technik erstellt, geändert, instand gehalten und kontrolliert werden. Sie dürfen bei bestimmungsgemäsem und möglichst auch bei voraussehbarem Betrieb oder Gebrauch sowie in voraussehbaren Störungsfällen weder Personen noch Sachen gefährden (Art. 3 Abs. 1 NIV).

Vor der Übergabe an den Eigentümer muss eine fachkundige Person nach Art. 8 oder ein Elektro-Kontrolleur/Chefmonteur (heute: Elektro-Sicherheitsberater) eine Schlusskontrolle durchführen und in einem Sicherheitsnachweis die Ergebnisse dieser Kontrolle festhalten (vgl. Art. 24 Abs. 2 NIV).

Wer vorsätzlich oder fahrlässig die mit der Installationsbewilligung verbundenen Pflichten verletzt, insbesondere die vorgeschriebenen Kontrollen nicht oder in schwerwiegender Weise nicht korrekt ausführt oder elektrische Installationen mit gefährlichen Mängeln dem Eigentümer übergibt, wird nach Art. 42 Bst. c NIV bestraft. Als Pflichtverletzung gilt auch das zur Verfügung Stellen der Bewilligung, d.h. das Melden von Installationsarbeiten, die durch Personen ausgeführt werden, die nicht im Betrieb des Bewilligungsinhabers angestellt sind, und das Ausstellen des Sicherheitsnachweises nach Beendigung dieser Arbeiten (vgl. Strafbescheid Nr. 103.10480 des Bundesamts für Energie BFE vom 15. Januar 2009).

Die Strafe ist in jedem Fall eine Busse, wobei deren Höhe vom Verschulden abhängt. Bei fahrlässiger Tatbegehung ist die

Strafe Busse bis zu 10 000 CHF, die vorsätzliche Begehung wird mit Busse bis zu 100 000 CHF bestraft (vgl. Art. 55 des Elektrizitätsgesetzes [EleG; SR 734.0]).

Zuständig für die Durchführung des Verwaltungsstrafverfahrens ist das BFE (vgl. Art. 57 Abs. 1 EleG).

6. Widerruf der Bewilligung

Nach Art. 19 Abs. 2 Bst. a NIV wird die allgemeine Installationsbewilligung für Betriebe widerrufen, wenn die Voraussetzungen für ihre Erteilung nicht mehr erfüllt sind. Die Bewilligungsvoraussetzungen wurden unter Ziffer 2 erläutert.

Ferner wird die allgemeine Installationsbewilligung widerrufen, wenn der Bewilligungsinhaber oder sein Personal trotz Mahnung in schwerwiegender Weise gegen die NIV verstösst (vgl. Art. 19 Abs. 2 Bst. b NIV). Ein Verstoß gegen die NIV im Sinne dieser Bestimmung liegt beispielsweise vor, wenn ein Betrieb wiederholt eine Installation an den Eigentümer übergibt, ohne die vorgeschriebene Schlusskontrolle durchzuführen und deren Ergebnisse in einem Sicherheitsnachweis festzuhalten.

Der Widerruf der Bewilligung hat zur Folge, dass der Betrieb nicht mehr zum Ausführen von Installationsarbeiten berechtigt ist.

Das ESTI kann den Widerruf der allgemeinen Installationsbewilligung öffentlich bekannt geben (vgl. Art. 19 Abs. 3 NIV).

7. Schlussbemerkung

Die Bewilligungsinhaber sollen sich ihrer aus der allgemeinen Installationsbewilligung fliessenden Rechte und Pflichten stets bewusst sein. Um ein Verwaltungsstrafverfahren oder den Widerruf der Bewilligung zu vermeiden, hat der Betrieb seine Pflichten zu erfüllen und frühzeitig die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Bei Unklarheiten über seine Möglichkeiten steht das ESTI für Auskünfte gerne zur Verfügung.

Dario Marty, Chefingenieur

Kontakt/contact/contatto

Hauptsitz/siège/sede centrale

Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Luppenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
Tel. 044 956 12 12, Fax 044 956 12 22
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Niederlassung/succursale

ESTI Romandie
Chemin de Mornex 3, 1003 Lausanne
Tél. 021 311 52 17, fax 021 323 54 59
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Autorisation générale d'installer pour une entreprise

(Conditions d'octroi, modification de l'autorisation, autorisation temporaire, punissabilité selon l'art. 42 OIBT, révocation de l'autorisation)

1. Introduction

Toute entreprise qui confie à ses collaborateurs l'établissement, la modification ou l'entretien d'installations électriques tombant dans le champ d'application de l'ordonnance sur les installations électriques à basse tension (OIBT; RS 734.27), doit être titulaire d'une autorisation générale d'installer pour une entreprise accordée par l'Inspection fédérale des installations à courant fort ESTI (cf. art. 6 ss OIBT).

L'OIBT prévoit ce régime de l'autorisation afin de prévenir les dangers et dommages pouvant être causés par les installations électriques. Seule la personne du métier au sens de l'art. 8 OIBT, donc qui a fait une formation qualifiée, peut exercer dans une entreprise la surveillance technique de façon efficace afin de remplir cet objectif. Le non-respect du régime de l'autorisation est punissable (cf. art. 42, let. a OIBT).

Les conditions à remplir par une entreprise d'installation électrique pour que lui soit octroyée une telle autorisation sont précisées ci-après. En outre, il sera exposé dans quels cas il est nécessaire de modifier l'autorisation ou d'obtenir une autorisation temporaire. Finalement, il sera montré ce que l'autorisation permet à l'entreprise ou ne lui permet pas (punissabilité) et dans quels cas l'autorisation est révoquée.

2. Conditions d'octroi de l'autorisation

L'autorisation générale d'installer est accordée aux entreprises qui occupent une personne du métier, intégrée de telle sorte qu'elle puisse surveiller efficacement les travaux d'installation (responsable technique). En outre, les entreprises doivent offrir toute garantie qu'elles se conforment aux prescriptions de l'OIBT (art. 9, al. 1 OIBT).

Pour 20 contrôleurs/chefs monteurs-électriciens (aujourd'hui: conseiller en sécurité électrique), monteurs-électriciens, électriciens de montage, apprentis ou auxiliaires occupés à des travaux d'installations, les entreprises doivent affecter à la surveillance technique au moins une personne du métier à plein temps (cf. art. 10, al. 1 OIBT). L'emploi à temps partiel du responsable technique est possible à certaines conditions. A ce sujet il est renvoyé à la communication ESTI dans le Bulletin SEV/VSE 13/2008 (www.esti.admin.ch > Documentation > ESTI Communications > Emploi à temps partiel du responsable technique dans une entreprise d'installation électrique; conditions et contrôles).

L'entreprise qui demande l'octroi de l'autorisation générale d'installer, doit déposer une demande complète auprès de l'ESTI. Le formulaire de demande est disponible sur internet (www.esti.admin.ch > Documentation > Formulaires > OIBT).

Sur la base des documents présentés, l'ESTI vérifie le respect des conditions. Si nécessaire, l'ESTI procède à d'autres constatations de faits en effectuant par exemple un entretien avec la personne du métier mentionnée dans la demande étant à l'âge de la retraite pour vérifier si celle-ci peut encore exercer la surveillance technique de façon efficace (voir pour l'admissibilité: www.esti.admin.ch > Documentation > ESTI Communications > Autorisation générale d'installer pour entreprises et efficacité de la surveillance technique, Décisions fondamentales de la Commission fédérale de recours en matière d'infrastructures et d'environnement [Bulletin SEV/VSE 17/2006]). Si toutes les conditions sont remplies, l'ESTI accorde à l'entreprise l'autorisation générale d'installer.

L'octroi de l'autorisation est soumis à émolument. Les émoluments actuels pour les autorisations selon l'OIBT sont téléchargeables sur internet (www.esti.admin.ch > Documentation > Emoluments > Tarif des émoluments pour les autorisations selon OIBT).

3. Modification de l'autorisation d'installer

Dès qu'une entreprise est en possession de l'autorisation générale d'installer, elle est responsable, en tant que titulaire de l'autorisation, du respect des prescriptions légales. Selon l'art. 19, al. 1 OIBT, elle doit annoncer dans les 2 semaines à l'ESTI tout fait nécessitant une modification de l'autorisation d'installer. De tels faits peuvent être les suivants:

- changement de raison sociale;
- changement d'adresse;
- modification essentielle de l'organisation de l'entreprise, ayant des répercussions sur le taux d'occupation du responsable technique/des responsables techniques;
- départ de personnes du métier mentionnées dans l'autorisation;
- embauche de personnes du métier supplémentaires qui doivent être autorisées à signer vis-à-vis des exploitants de réseaux.

Ces faits doivent également être annoncés à l'ESTI à l'aide du formulaire de demande (voir ci-dessus).

L'ESTI vérifie alors si le titulaire de l'autorisation respecte les prescriptions de l'OIBT également en présence de ces nouveaux faits. Si les conditions sont remplies, l'ESTI modifie l'autorisation selon la demande.

La modification de l'autorisation est également soumise à émolument (voir ci-dessus).

4. Autorisation temporaire

Il se peut qu'une entreprise n'emploie momentanément aucune personne du métier, par ex. parce que celle-ci a quitté l'entreprise et que l'entreprise n'a pas encore pu engager une nouvelle personne du métier, ou parce que l'ESTI a constaté que la personne du métier à l'âge de la retraite ne dispose plus de connaissances techniques suffisantes pour que la surveillance technique soit efficace et que la recherche d'une nouvelle personne du métier n'a pas encore abouti. Afin que l'entreprise reste tout de même autorisée à effectuer des travaux d'installation, l'ESTI peut lui accorder une autorisation temporaire (cf. art. 11 OIBT).

Cette autorisation est octroyée à condition que l'entreprise emploie au moins un contrôleur/chef monteur-électricien (aujourd'hui: conseiller en sécurité électrique) ou une personne remplissant les mêmes conditions que les électriciens d'exploitation (art. 13) (cf. art. 11, al. 1 OIBT). En outre, cette personne doit être employée à plein temps dans l'entreprise et ne doit pas surveiller plus de 20 collaborateurs occupés à des travaux d'installation (cf. art. 10, al. 1 OIBT).

L'entreprise doit déposer auprès de l'ESTI une demande complète d'octroi de l'autorisation temporaire à l'aide du formulaire de demande, lequel est également disponible sur internet (voir ci-dessus).

Si les conditions sont remplies, l'autorisation temporaire est accordée à l'entreprise pour 6 mois; elle peut être prolongée de 6 mois au plus (art. 11, al. 2 OIBT). Ensuite, une prolongation ultérieure est exclue, car cela contredirait l'objectif de l'OIBT étant de prévenir les dangers et dommages pouvant être causés par les installations électriques (cf. arrêt A-5837/2008 du Tribunal administratif fédéral du 3 avril 2009).

L'octroi de l'autorisation temporaire ainsi que sa prolongation sont également soumis à émolument (voir ci-dessus).

Pendant la durée de validité de l'autorisation temporaire, l'entreprise est autorisée à effectuer tous les travaux d'installation sous la responsabilité technique de la personne mentionnée dans l'autorisation. Le contrôle final selon l'art. 24, al. 2 OIBT doit cependant toujours être exécuté par un contrôleur/chef monteur-électricien (aujourd'hui: conseiller en sécurité électrique) ou une personne du métier.

L'ESTI surveille tout spécialement les travaux d'installation des entreprises au bénéfice d'une autorisation temporaire. Les frais sont à la charge du titulaire de l'autorisation (cf. art. 11, al. 3 OIBT). L'ESTI accomplit cette tâche en inspectant au moins 1 fois l'entreprise au cours des 6 mois de validité de l'autorisation. Lors de cette inspection, l'ESTI contrôle si l'entreprise respecte les prescriptions de l'OIBT, en particulier si l'entreprise installe selon les règles techniques reconnues. A cette fin, les travaux effectués sont contrôlés par sondages par l'ESTI. Mais la responsabilité de l'exécution correcte des travaux d'installation reste toujours celle de l'entreprise ou de son personnel.

5. Exécution de travaux d'installation – punissabilité selon l'art. 42 OIBT

En vertu de l'art. 42, let. a OIBT, sera puni celui qui intentionnellement ou par négligence aura exécuté des travaux d'installation sans posséder l'autorisation requise (art. 6). C'est pourquoi toute entreprise nécessite une autorisation pour effectuer des travaux d'installation. Dans le cas contraire, l'entreprise encoure une peine.

L'autorisation générale d'installer pour une entreprise est illimitée dans le temps et intransmissible. Elle est valable dans toute la Suisse (art. 18, al. 1 OIBT).

L'autorisation générale d'installer pour une entreprise autorise le titulaire de l'autorisation à confier à ses collaborateurs l'exécution des travaux d'installation (cf. art. 10, al. 3 et 5 OIBT). Sont des collaborateurs les personnes qui ont un emploi fixe dans l'entreprise du titulaire de l'autorisation, c'est-à-dire qui ont conclu avec ce dernier un contrat de travail selon les art. 319 ss du droit des obligations (RS 220). Sont également des collaborateurs de l'entreprise les personnes louées par le titulaire de l'autorisation à une entreprise de travail temporaire.

Les installations électriques doivent être établies, modifiées, entretenues et contrôlées selon les règles techniques reconnues. Elles ne doivent mettre en danger ni personnes ni choses lorsque leur exploitation et leur utilisation sont correctes et si possible, lorsque les règles à ce sujet sont enfreintes de manière prévisible, ou encore en cas de dérangement prévisible (art. 3, al. 1 OIBT).

Avant la remise au propriétaire, un contrôle final propre à l'entreprise doit être exécuté par une personne du métier selon l'art. 8 ou par un contrôleur/chef monteur-électricien (aujourd'hui: conseiller en sécurité électrique), et les résultats sont consignés dans un rapport de sécurité (cf. art. 24, al. 2 OIBT).

Celui qui intentionnellement ou par négligence aura contrevenu aux obligations découlant d'une autorisation d'installer, notamment en négligeant d'effectuer les contrôles prescrits ou en les effectuant de façon gravement incorrecte ou en remettant au propriétaire des installations électriques qui présentent des défauts dangereux, sera puni selon l'art. 42, let. c OIBT. Vaut également comme manquement à ses obligations le fait de mettre à disposition l'autorisation, c'est-à-dire d'annoncer des travaux d'installation exécutés par des personnes qui ne sont pas employées par le titulaire de l'autorisation, ainsi que d'établir le rapport de sécurité après achèvement de ces travaux (cf. mandat de répression n° 103.10480 de l'Office fédéral de l'énergie OFEN du 15 janvier 2009).

Dans tous les cas, la peine est une amende dont le montant dépend de la faute. En cas d'infraction par négligence, l'amende peut s'élever jusqu'à CHF 10 000, l'infraction commise intentionnellement est punie d'une amende jusqu'à CHF 100 000 (cf. art. 55 de la loi sur les installations électriques [LIE; RS 734.0]).

L'OFEN est l'organisme compétent pour l'exécution de la procédure pénale administrative (cf. art. 57, al. 1 LIE).

6. Révocation de l'autorisation

Selon l'art. 19, al. 2, let. a OIBT, l'autorisation générale d'installer pour une entreprise est révoquée si les conditions d'octroi ne sont plus remplies. Les conditions d'octroi de l'autorisation ont été mentionnées au chiffre 2.

En outre, l'autorisation générale d'installer est révoquée si malgré un avertissement, le titulaire de l'autorisation ou son personnel enfreignent gravement l'OIBT (cf. art. 19, al. 2, let. b OIBT). Comme infraction à l'OIBT au sens de cette disposition est considéré par exemple le fait qu'une entreprise remette à plusieurs reprises une installation au propriétaire sans effectuer le contrôle final prescrit et sans consigner les résultats dans un rapport de sécurité.

La révocation de l'autorisation a pour conséquence que l'entreprise n'est plus autorisée à effectuer des travaux d'installation.

L'ESTI peut rendre publique la révocation de l'autorisation générale d'installer (cf. art. 19, al. 3 OIBT).

7. Remarque finale

Les titulaires d'autorisation doivent être en permanence conscients de leurs droits et obligations découlant de l'autorisation générale d'installer. Afin d'éviter une procédure pénale administrative ou la révocation de l'autorisation, l'entreprise doit remplir ses obligations et prendre à temps les mesures nécessaires. En cas de doutes sur ses possibilités, l'ESTI se tient volontiers à disposition pour tout renseignement.

Dario Marty, ingénieur en chef

Anzeige

Presented by:

hager

1. bis 4. September 2009

Messe Basel | Halle 1 | www.ineltec.ch

ineltec.
infrastructure
technology

Autorizzazione generale d'installazione per imprese

(condizioni per il suo rilascio, modifica dell'autorizzazione, autorizzazione sostitutiva, punibilità in virtù dell'art. 42 OIBT, revoca dell'autorizzazione)

1. Introduzione

Ogni impresa, che affida ai suoi dipendenti l'esecuzione, la modifica o la riparazione di impianti elettrici, che rientrano nel campo d'applicazione dell'ordinanza concernente gli impianti elettrici a bassa tensione (OIBT; RS 734.27), deve essere in possesso di un'autorizzazione generale d'installazione, rilasciata dall'Ispettorato federale degli impianti a corrente forte ESTI (cfr. art. 6 segg. OIBT).

L'OIBT prevede l'obbligo dell'autorizzazione, per evitare pericoli e danni che possono risultare da impianti elettrici. Solo chi è considerato persona del mestiere ai sensi dell'art. 8 dell'OIBT, e che ha perciò assolto una formazione qualificata, può eseguire in modo efficiente la sorveglianza tecnica in un'impresa, per raggiungere questo scopo. Per l'inosservanza dell'obbligo di detenere un'autorizzazione è prevista una pena (cfr. art. 42 lett. a OIBT).

Qui appresso vengono illustrate le condizioni che un'impresa, che esegue installazioni elettriche, deve soddisfare, affinché possa esserle rilasciata una tale autorizzazione. Viene inoltre spiegato in quali casi è necessaria una modifica dell'autorizzazione rispettivamente un'autorizzazione sostitutiva. Infine viene mostrato cosa in virtù dell'autorizzazione l'impresa è abilitata rispettivamente non è abilitata a fare (punibilità) e in quali casi l'autorizzazione viene revocata.

2. Condizioni per il rilascio dell'autorizzazione

L'autorizzazione generale d'installazione viene rilasciata alle imprese, se occupano una persona del mestiere integrata in tal modo nell'impresa da poter esercitare con efficacia la sorveglianza tecnica sui lavori d'installazione (responsabile tecnico). Le imprese devono inoltre offrire la garanzia di rispettare le prescrizioni dell'OIBT (art. 9 cpv. 1 OIBT).

Per 20 controllori di impianti elettrici/capo montatori (attualmente denominati: consulenti in materia di sicurezza per impianti elettrici), montatori elettricisti, elettricisti di montaggio, apprendisti o ausiliari occupati nel settore dell'installazione, le imprese devono occupare a tempo pieno almeno una persona del mestiere incaricata della sorveglianza tecnica (cfr. art. 10 cpv. 1 OIBT). L'occupazione a tempo parziale del responsabile tecnico è consentita a determinate condizioni. A tale proposito si rimanda alla

comunicazione ESTI nel Bulletin SEV/VSE 13/2008 (www.esti.admin.ch > Documentazione > ESTI Comunicazioni > Occupazione a tempo parziale del responsabile tecnico in un'impresa che esegue installazioni elettriche; condizioni e controllo).

L'impresa che richiede il rilascio dell'autorizzazione generale d'installazione deve presentare una domanda completa all'ESTI. Il modulo di richiesta può essere scaricato dal sito internet (www.esti.admin.ch > Documentazione > Formulare > OIBT).

Sulla base dei documenti presentati l'ESTI verifica che le condizioni siano rispettate. Se necessario, l'ESTI esegue ulteriori accertamenti, ad esempio effettuando un colloquio con la persona del mestiere in età di pensionamento menzionata nella domanda, per verificare se è ancora in grado di eseguire in modo efficiente la sorveglianza tecnica (in merito all'ammissibilità vedere: www.esti.admin.ch > Documentazione > ESTI Comunicazioni > Autorizzazione generale d'installazione per imprese ed efficacia della sorveglianza tecnica, Decisioni di base della Commissione federale di ricorso in materia di infrastrutture e ambiente [Bulletin SEV/VSE 17/2006]). Se tutte le condizioni sono soddisfatte, l'ESTI rilascia all'impresa l'autorizzazione generale d'installazione.

La concessione dell'autorizzazione è soggetta a tassa. Il tariffario attuale degli emolumenti per autorizzazioni secondo l'OIBT è consultabile in Internet (www.esti.admin.ch > Documentazione > Emolumenti > Emolumenti per autorizzazioni secondo l'OIBT).

3. Modifica dell'autorizzazione d'installazione

Non appena un'impresa è in possesso dell'autorizzazione generale d'installazione, in quanto titolare dell'autorizzazione è responsabile dell'osservanza delle disposizioni di legge. Ai sensi dell'art. 19 cpv. 1 OIBT il titolare dell'autorizzazione è tenuto a notificare all'ESTI, entro 2 settimane, ogni fattispecie che richiede una modifica dell'autorizzazione d'installazione. Tali fatti possono essere:

- modifica del nome della ditta;
- cambiamento di indirizzo;
- modifica essenziale dell'organizzazione aziendale, che si ripercuote sul grado di occupazione del responsabile tecnico/ dei responsabili tecnici;

- partenza dalla ditta di persone del mestiere menzionate nell'autorizzazione;
- assunzione di persone del mestiere supplementari, che devono avere diritto di firma nei confronti dei gestori.

Questi fatti devono pure essere notificati all'ESTI mediante il modulo di richiesta (vedere sopra).

L'ESTI verifica poi se il titolare dell'autorizzazione rispetta le disposizioni dell'OIBT anche in presenza di questi nuovi fatti. Se le condizioni sono soddisfatte, l'ESTI modifica l'autorizzazione in funzione della richiesta.

La modifica dell'autorizzazione è pure soggetta a tassa (vedere sopra).

4. Autorizzazione sostitutiva

Può succedere che temporaneamente un'impresa non occupi una persona del mestiere, ad es. poiché quest'ultima ha lasciato l'azienda, che non ha ancora potuto assumere una nuova persona del mestiere, o poiché l'ESTI ha constatato che la persona del mestiere in età di pensionamento non dispone più di conoscenze tecniche sufficienti per poter effettuare la sorveglianza tecnica in modo efficiente e la ricerca di una nuova persona del mestiere non è ancora stata coronata da successo. Affinché l'impresa possa continuare ciononostante ad essere autorizzata ad eseguire lavori d'installazione, l'ESTI può rilasciarle un'autorizzazione sostitutiva (cfr. art. 11 OIBT).

A condizione che l'impresa occupi almeno un controllore di impianti elettrici/capo montatore (attualmente denominato: consulente in materia di sicurezza per impianti elettrici) o una persona, che soddisfi le condizioni poste agli elettricisti di fabbrica (art. 13) (cfr. art. 11 cpv. 1 OIBT). Inoltre tale persona deve essere occupata nell'impresa a tempo pieno e non può sorvegliare più di 20 dipendenti occupati nel settore dell'installazione (cfr. art. 10 cpv. 1 OIBT).

L'impresa deve inoltrare all'ESTI una domanda completa per il rilascio di un'autorizzazione sostitutiva mediante il modulo di richiesta, che può pure essere scaricato dal sito Internet (vedere sopra).

Se le condizioni sono soddisfatte, all'impresa viene rilasciata un'autorizzazione sostitutiva per 6 mesi; essa può essere prorogata al massimo di 6 mesi (art. 11 cpv. 2 OIBT). Trascorso questo termine, è esclusa un'ulteriore proroga dell'autorizzazione, poiché ciò sarebbe in contraddizione con lo

scopo dell'OIBT, ossia il fatto di evitare i pericoli e i danni che possono risultare da impianti elettrici (cfr. la decisione A-5837/2008 del Tribunale amministrativo federale del 3 aprile 2009).

Il rilascio dell'autorizzazione sostitutiva e quello della relativa proroga sono pure soggetti a tassa (vedere sopra).

Durante il periodo di validità dell'autorizzazione sostitutiva l'impresa ha il diritto di eseguire tutti i lavori d'installazione sotto la direzione tecnica della persona menzionata nell'autorizzazione. Il controllo finale conformemente all'art. 24 cpv. 2 OIBT deve però essere eseguito come finora da un controllore di impianti elettrici/capo montatore (attualmente denominato: consulente in materia di sicurezza per impianti elettrici) o da una persona del mestiere.

Fintantoché l'azienda è in possesso di un'autorizzazione sostitutiva, l'ESTI deve sorvegliare le attività d'installazione con particolare attenzione. I costi sono a carico del titolare dell'autorizzazione sostitutiva (cfr. art. 11 cpv. 3 OIBT). L'ESTI adempie a questo compito ispezionando l'impresa almeno 1 volta entro la fine del periodo di validità di 6 mesi dell'autorizzazione. In occasione di questa ispezione l'ESTI controlla se l'impresa rispetta le disposizioni dell'OIBT, in particolare se installa secondo le regole riconosciute della tecnica. A tale scopo l'ESTI controlla i lavori eseguiti effettuando controlli saltuari. L'impresa rispettivamente il suo personale sono però sempre responsabili della corretta esecuzione dei lavori d'installazione.

5. Esecuzione di lavori d'installazione – punibilità secondo l'art. 42 OIBT

Secondo l'art. 42 lett. a OIBT è punito chiunque, intenzionalmente o per negligenza esegue lavori d'installazione, senza la necessaria autorizzazione (art. 6). Per eseguire lavori d'installazione ogni impresa necessita pertanto di un'autorizzazione. In caso contrario è passibile di pena.

L'autorizzazione generale d'installazione per imprese è illimitata e non è trasferibile. Vale per tutta la Svizzera (art. 18 cpv. 1 OIBT).

L'autorizzazione generale d'installazione per imprese autorizza l'impresa detentrici ad affidare l'esecuzione dei lavori d'installazione ai suoi dipendenti (cfr. art. 10 cpv. 3 e 5 OIBT). Sono considerate dipendenti dell'impresa le persone che hanno un impiego fisso presso il titolare dell'autorizzazione, vale a dire che intrattengono con quest'ultimo un rapporto di lavoro secondo l'art. 319 segg. del Codice delle obbligazioni (RS 220). Sono considerate dipendenti dell'impresa anche le persone che il titolare dell'autorizzazione prende in parte in prestito da un'azienda di occupazione temporanea.

Gli impianti elettrici devono essere costruiti, modificati, mantenuti in esercizio e controllati secondo le regole riconosciute della tecnica. Essi non devono mettere in pericolo persone e cose se sono usati o esercitati correttamente, e, per quanto possibile, anche se è prevedibile che le regole a questo proposito non siano rispettate nonché nei casi di perturbazioni prevedibili (art. 3 cpv. 1 OIBT).

Prima della consegna al proprietario, una persona del mestiere definita secondo l'art. 8 o un controllore elettricista/capo montatore (attualmente denominato: consulente in materia di sicurezza per impianti elettrici) deve effettuare un controllo finale e raccogliere i risultati in un rapporto di sicurezza (cfr. art. 24 cpv. 2 OIBT).

Chi contravviene agli obblighi connessi con l'autorizzazione, in particolare non esegue o esegue in modo manifestamente scorretto i controlli o consegna al proprietario impianti elettrici con difetti pericolosi, viene punito secondo l'art. 42 lett. c OIBT. Viene pure considerato violazione dell'obbligo il fatto di mettere a disposizione l'autorizzazione, ossia la notifica di lavori d'installazione eseguiti da persone, che non sono impiegate nell'impresa del titolare dell'autorizzazione, e il fatto di rilasciare il rapporto di sicurezza alla fine di tali lavori (cfr. la decisione sanzionatoria n. 103.10480 dell'Ufficio federale dell'energia UFE del 15 gennaio 2009).

In ogni caso la pena è una multa il cui ammontare dipende dall'entità della colpa.

In caso di infrazione colposa, la pena è della multa fino a CHF 10 000, per infrazioni commesse intenzionalmente viene comminata una multa fino a CHF 100 000 (cfr. art. 55 della legge sugli impianti elettrici [LIE; RS 734.0]).

L'UFE è responsabile dell'esecuzione della procedura penale amministrativa (cfr. art. 57 cpv. 1 LIE).

6. Revoca dell'autorizzazione

Secondo l'art. 19 cpv. 2 lett. a OIBT l'autorizzazione generale d'installazione per imprese viene revocata, se le condizioni per il rilascio non sono più soddisfatte. Le condizioni per il rilascio dell'autorizzazione sono state illustrate al punto 2.

L'autorizzazione generale d'installazione viene inoltre revocata, se nonostante diffida il titolare dell'autorizzazione o il suo personale infrangono gravemente l'OIBT (cfr. art. 19 cpv. 2 lett. b OIBT). Vi è violazione dell'OIBT ai sensi della presente disposizione se ad esempio un'impresa consegna ripetutamente al proprietario un impianto, senza effettuare il controllo finale prescritto e senza riportarne i risultati in un rapporto di sicurezza.

La revoca dell'autorizzazione ha come conseguenza che l'impresa non è più autorizzata a eseguire lavori d'installazione.

L'ESTI può rendere pubblica la revoca dell'autorizzazione generale d'installazione (cfr. art. 19 cpv. 3 OIBT).

7. Considerazione finale

I titolari di autorizzazioni devono sempre essere consapevoli dei diritti e degli obblighi derivanti dall'autorizzazione generale d'installazione. Per evitare una procedura penale amministrativa o la revoca dell'autorizzazione, l'impresa deve adempiere ai suoi obblighi e prendere per tempo le misure necessarie. In caso di dubbi sulle sue prerogative l'ESTI è a disposizione per ulteriori informazioni.

Dario Marty, ingegnere capo

Kontakt/contact/contacto

Hauptsitz/siège/sede centrale
Eidgenössisches Starkstrominspektorat ESTI
Luppmenstrasse 1, 8320 Fehraltorf
Tel. 044 956 12 12, Fax 044 956 12 22
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

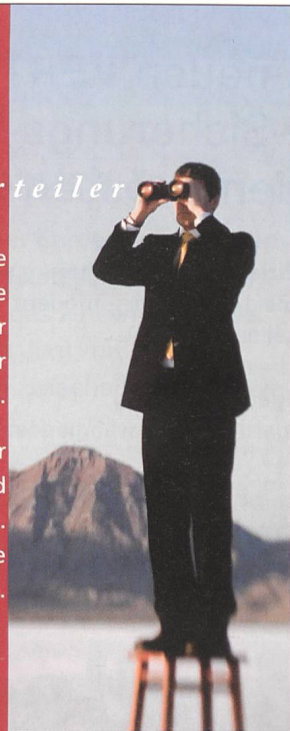
Niederlassung/succursale
ESTI Romandie
Chemin de Mornex 3, 1003 Lausanne
Tél. 021 311 52 17, fax 021 323 54 59
info@esti.admin.ch, www.esti.admin.ch

Starkes Netzwerk für starke Energieverteilern

Trianel Suisse AG ist das Netzwerk für unabhängige schweizerische Energieverteilern. Unser Fokus ist die Energiebeschaffung. Wir erbringen im Auftrag eigenständiger Energieverteilern erprobte Leistungen von der Erzeugung über den Handel bis zu Energielogistik und Vertriebssupport.

Interessiert? Die aktuellen Aktionäre und Partner der Trianel Suisse freuen sich unternehmerisch denkende und eigenständige Energieverteilern in ihrem Kreis zu begrüßen.

Kontaktieren Sie uns und wir erläutern Ihnen gerne unsere Kooperationsmöglichkeiten.



Bechburgstrasse 1, CH - 4500 Solothurn
T +41 32 621 06 60
www.trianel.ch
kontakt@trianel.ch


Trianel Suisse



Umweltfreundlicher Brandschutz.

Hochdruck-Wasserdampf-Löschsystem HI-FOG

Contrafeu AG
Brandschutzsysteme
Alpenstrasse 20, CH-3052 Zollikofen
Telefon +41 31 910 11 33, Fax +41 31 910 11 68
www.contrafeu.ch, info@contrafeu.ch

Ein Unternehmen der Securitas Gruppe Schweiz

 **CONTRAFEU**

Für Ihre Sicherheit

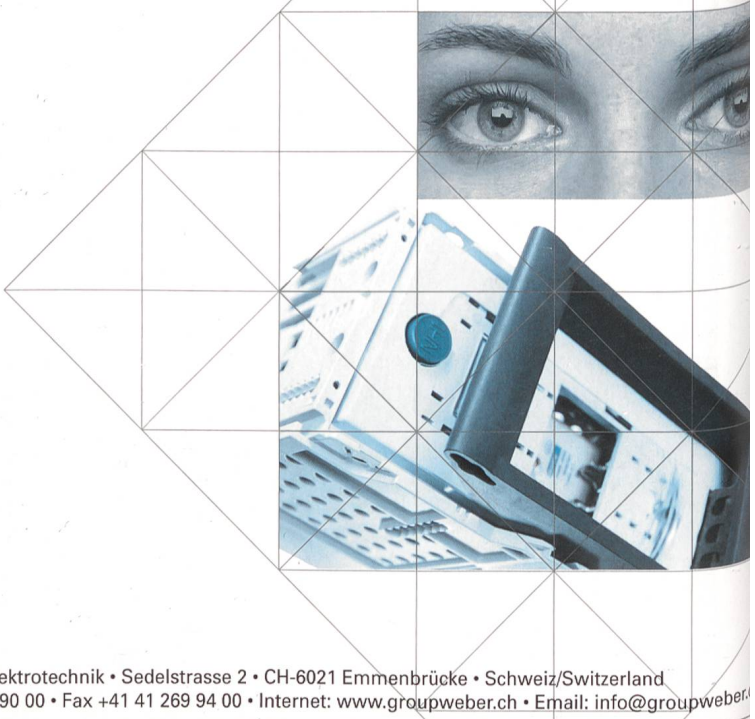
Hier installieren Sie die Zukunft



Die neuen **VERTIGROUP** NH-Sicherungs-Lastschaltleisten In den Grössen 00 bis 3

Die effizienteste NH-Sicherungs-Lastschaltleiste

- Kompakt – modular – modern
- Schnellere Montage
- Sicheres Schalten
- Weniger Erwärmung
- Einzigartige Stromwandlerlösung

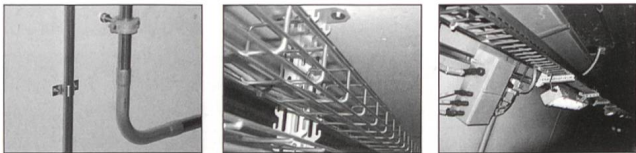


ineltec.
infrastructure
technology

Halle 1.0 - Stand A64

WEBER AG • Elektrotechnik • Sedelstrasse 2 • CH-6021 Emmenbrücke • Schweiz/Switzerland
Tel. +41 41 269 90 00 • Fax +41 41 269 94 00 • Internet: www.groupweber.ch • Email: info@groupweber.ch

09.0004-1a.W



LANZ moderne Kabelführung aus **rostfreiem** Stahl A4

- Kabelschonend
- Funktionserhalt E30
- Sofort lieferbar
- Korrosionsbeständig
- Preisgünstig



LANZ **fabriziert** für die Lebensmittelindustrie, chem. Industrie, Abwasserreinigungs- und Kehrrechtverbrennungsanlagen, unterirdische Bauten, Bahn- und Strassentunnel:

- Multibahnen*- und Weitspann-Mb 100 mm – 400 mm 6 m lang, mit verzahntem MULTIFIX-Trägermaterial
- LANZ Gitterbahnen 100 mm – 400 mm Breite
- LANZ C- und G-Kanäle* 50 × 50 mm bis 75 × 100 mm
- ESTA Elektro-Installationsrohre Ø M16 – M63
- LANZ Rohrschellen für koordinierbare Installationen

- Stahl A4 WN 1.4571 und 1.4539 max. korrosionsresistent
- Schockgeprüft 3 bar und Basisschutz
- *Geprüft für Funktionserhalt im Brandfall E 30 / E 90

Mich interessieren
..... Bitte senden Sie Unterlagen.

Könnten Sie mich besuchen? Bitte tel. Voranmeldung!

Name / Adresse / Tel. _____

K2



lanz oensingen ag

CH-4702 Oensingen
Telefon 062 388 21 21
www.lanz-oens.com

Südringstrasse 2
Fax 062 388 24 24
info@lanz-oens.com



... damit die Lichter
anbleiben ...

... deshalb
Schutztechnik von NSE

www.nse.ch

